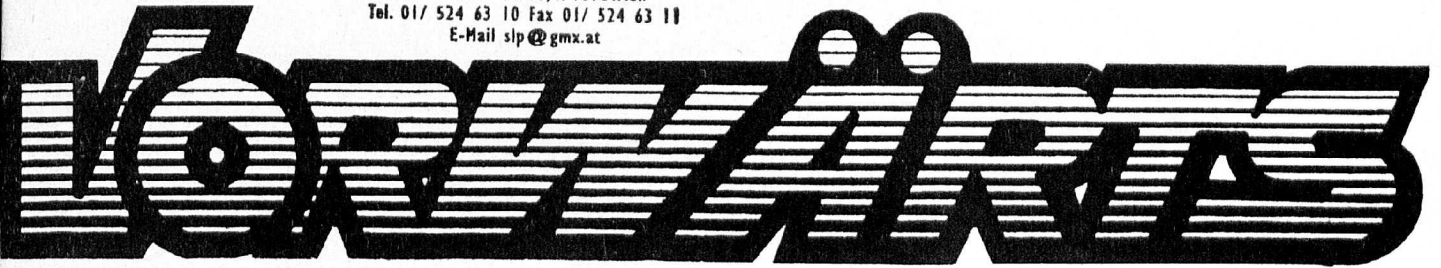


Sozialistische LinksPartei / SLP  
 Österreichische Sektion des CWI/KAI  
 Kaiserstraße 14/11; A-1070 Wien  
 Tel. 01/ 524 63 10 Fax 01/ 524 63 11  
 E-Mail slp@gmx.at



**Zeitung der Marxisten in SJ, SPÖ, AKS & ÖGB**  
**Nr. 39 Juli/August 1993 Preis öS 7.- Solidaritätspreis öS10.-**

# Privilegien

# ABSCHAFFEN

100.000.-, 200.000.-, 500.000.- oder mehr verdienen die "Volksvertreter" privat. Dazu kommen noch Dienstwagen (einer oder vielleicht gleich mehrere), zu Weihnachten und Ostern Firmengeschenke - man muß sich den Herrn Politiker ja warm halten für die nächste Subventionsvergabe, und zahlreiche weitere Vergünstigungen. Das Einkommen eines Politikers oder Parteifunktionärs läßt sich nicht in öS messen, weil viel gar nicht direkt bezahlt wird. Man erspart sich halt ein bißchen hier, und ein bißchen dort. Das Ergebnis? Ein Mensch der in anderen Sphären schwebt. Der keine Ahnung hat, was ein Kilo Brot, ein Liter Milch und eine durchschnittliche Wohnung kostet. Und der sich nicht vorstellen kann, wie es ist, wenn man am Ende des Monats nicht mehr weiß, woher man das Geld nehmen soll. Für solche Menschen sind 10.000.- für eine Wohnung nicht viel (soviel kostet inzwischen jede zweite

neuvermietete Wohnung in Wien). Aber für normale Menschen (und daß müßen gar nicht Sozialhilfeempfänger sein) sind 10.000.- unerschwinglich. Aber es ist halt ein Unterschied, ob die Wohnung 5% oder 70% des Einkommens kostet.  
 Die ÖVP ist die Partei des großen Geldes, dementsprechend führen sich ihre Vertreter auch auf - große Wohnungen, teure Autos, viel Geld.  
 Die FPÖ reißt als angebliche Partei des kleinen Mannes bei diesem Thema oft den Mund auf. Warum verdienen dann ihre Abgeordneten durchschnittlich mehr als die anderer Parteien? Jörg Haider, Großgrundbesitzer bekommt über 2 Millionen öS pro Jahr. Das durchschnittliche Einkommen eines Arbeitnehmers beträgt weniger als ein Zehntel. So sieht die Realität bei den angeblichen Privilegienstürmern aus.  
 Die SPÖ aber ist die Partei der Arbeitnehmer (oder sollte es zumindestens

Lehrlinge.....	3
Wahl in NÖ.....	3
Asyl.....	4
Ozon.....	5
Südafrika.....	5
Rassismus.....	6
Antifaschismus.....	7
Wirtschaftskrise '29.....	8-9
Textilindustrie.....	10
Korruption.....	11
Marxismus aktuell:China.	12
Ukraine.....	13
UNO.....	13
Kurdistan.....	14
Steuerreform.....	14
Deutschland.....	15
Wohnen.....	16

sein). Ihre Vertreter müssen wissen, wie die Menschen, die sie vertreten leben. Vranitzky verdient über 200.000.- im Monat, und findet das gar nicht so viel. Dementsprechend ist auch seine Politik und die der meisten Spitzenfunktionäre. "Nähe zur Arbeiterschaft" ist wohl nicht mehr gegeben!

## KAMPFONDS

VORWÄRTS in die Offensive hieß das Motto der letzten zwei Monate. Den zünftigen Auftakt gab es am 30.4. während des Fackelzugs der jungen Sozialistinnen und Sozialisten Wiens. Solidarisch wurde von allen VORWÄRTS-Unterstützern, egal ob ausgeschlossen oder nicht, voll für dieses wichtige Ereignis mobilisiert. Mit Erfolg: Mehr als ein Drittel des gesamten Fackelzuges marschierte im sehr lautstarken und kämpferischen Block der SJ-Linken und des Antifakomitees mit. Auf den Maiaufmärschen am nächsten Tag waren VORWÄRTS-Unterstützer ebenfalls überall präsent, erstmalig auch in Salzburg und Vorarlberg. Insgesamt wurden an diesen zwei Tagen 656 Zeitungen verkauft und über 13.000,- Schilling durch Buttons, Broschüren, Spenden,... eingenommen. Bei zwei VORWÄRTS-Veranstaltungen (in der VHS Favoriten zum Thema Wirtschaftskrise, mit zwei VOEST-Betriebsräten und im JZ Grünwaldgasse zur Situation in Rußland) wurden über 1500,- gespendet. Beim SJ-Kongreß "Nein zum Wahn von Rechts" mobilisierten wir über 30 Jugendliche und

Spitzengehälter schützen keineswegs vor Korruption wie zahllose Beispiele beweisen. Und die Verantwortung die ein Politiker hat? Wenn jemand nur wegen des Geldes Politiker wird, ist er sowieso zu vergessen. Entweder, man will die Arbeitnehmer und ihre Familien vertreten, dann bitte "Arbeiterlohn für Funk-

tionäre" oder man will selber reich werden, dann bitte nicht bei uns!

Sonja Grusch SPÖ 20/  
Themeninitiative Jugendarbeit



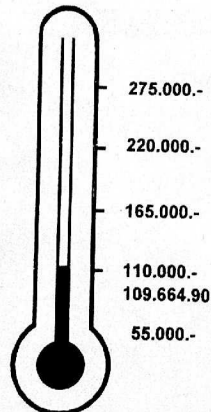
"Gegen Nazis"-T-Shirts  
(rote Faust)

120.- inkl. Porto b. d. Redaktion  
PSK 8812.733 Kennwort "T-Shirt"

damit leider fast ein Drittel der Teilnehmer (der Kongreß kostete mehrere hunderttausend Schilling !!!). Auf diesem Kongreß konnten Zeitungen und Material für über tausend Schilling verkauft werden. Ein weiterer Punkt war die Gedenkfeier im ehemaligen KZ-Mauthausen, wo vor allem unsere "Gegen Nazis T-Shirts" reißenden Absatz fanden (insgesamt wurden 4455,50 € eingenommen).

Am wichtigsten sind aber die regelmäßigen Straßenverkäufe, und vielen größeren und kleineren Einzelspenden. Stellvertretend dafür sein hier genannt: die mehrmaligen Zeitungsverkäufe von Manuela Teskov vor der Berufsschule "Mollardburg" und die mehrmaligen Spenden von Romana Felix, Funktionärin der SJ 9.

Insgesamt kamen in den letzten zwei Monaten über 40.000,- Schilling herein. Eine Menge Geld über immer noch fast 15.000,- Schilling von unserem Ziel entfernt alle zwei Monate 55.000,- zu sammeln. Deshalb darf und wird es für uns ein Sommerloch nicht geben. Die Offensive geht weiter und muß verstärkt werden: Jeden Sonntag werden wir Zeitungen auf der Donaueinsel verkaufen. Vorallem die, die sich keinen Urlaub leisten können wollen wir mit unseren Ideen ansprechen.



**Spendenkonto**  
**PSK 8812.733**

**Broschüren zu den Themen**  
**Südafrika und Faschismus**  
**sind bei der Redaktion zu**  
**20.- bzw. 30.- € zu bestellen**

### Wie Ihr uns treffen könnt...

VORWÄRTS-UnterstützerInnen sind in vielen Gruppen der Sozialistischen Jugend aktiv. Einige Gruppen in Wien wurden von der SJ-Führung aufgelöst. Um die Zusammenarbeit zwischen diesen Gruppen zu verbessern und sich gegen neuerliche Angriffe gemeinsam zu wehren, haben AktivistInnen dieser Gruppen die Kampagne "JUGEND FÜR SOZIALISMUS/ Aktion für eine sozialistische SJ" gegründet. Alle Gruppen treffen sich weiterhin regelmäßig, wenn auch teilweise unter erschwerten Bedingungen, um politische Arbeit zu machen.

### SOMMERSCHULUNG

Im Sommer treffen wir uns aus Raum- und Urlaubsgründen alle gemeinsam jeden Dienstag und Mittwoch um 19 Uhr in der Wallg.4, Wien 6.

Am Dienstag gibt es einen "normalen" Gruppenabend mit Diskussionen und Film. Am Mittwoch wollen wir verschiedene Themen intensiver behandeln und veranstalten eine "Sommerschulung". Außerdem treffen wir uns jeden Sonntag ab 11 Uhr vor der U1 Station "Donauinsel" zu einem Infoabend. Ab September treffen sich die einzelnen Gruppen wieder wie gewohnt.

### Welt in Bewegung

## Der Sozialismus ist international



IMPRESSUM:  
Eigentümer, Herausgeber und f.d.l.v. Verein VORWÄRTS zur sozialistischen Demokratie, PF 2 1082 Wien  
Druck: A. Rieger, Parisring 19 1080 Wien  
Erscheinungsort Wien  
Hergestellt aus Recycling-Papier

## Für mehr Lohn und bessere Ausbildung

Knapp 50% der österreichischen Jugendlichen sind Lehrlinge. 150.000 junge Arbeitnehmer, von denen viele in der Realität schlechtbezahlte Hilfsarbeiter sind, die nach der Lehrzeit entlassen werden.

So sind 5% der Lehrlinge im Berufsbereich Friseure beschäftigt, aber nur 1% der Erwerbstätigen. Die meisten von ihnen werden also nach der Lehre gekündigt, oder gehen wegen der miesen Arbeitsbedingungen von selbst. Bekannt geworden ist der Fall von Anne, einer 18-jährigen Friseurin. Sie mußte 3 Jahre lang ohne Mittagspause für einen Hungerlohn arbeiten. Abgesehen davon, daß Überstunden für Lehrlinge ungesetzlich sind, bekam sie die Überstunden nicht einmal bezahlt.

So wie Anne geht es vielen - und die Gegenwehr fällt vor allem im Einzelhandel sehr schwer. Denn wenn man allein mit dem Boss arbeitet, ist es schwerer sich zu organisieren, als in einem Betrieb mit 100 anderen. Und 60% der österreichischen Lehrlinge sind in Klein- und Mittelbetrieben beschäftigt. Dementsprechend sieht auch der Organisationsgrad der Gewerkschaft in diesen Betrieben, und damit zusammenhängend die Lohnabschlüsse aus. So haben die Zahntechniker z. B. einen Organisationsgrad von ca. 10% und die Lehrlinge im 1. Lehrjahr verdienen rund 1.500 Schilling pro Monat. In anderen Branchen, die besser organisiert sind, ist das 2 - 3 fache üblich.

Wobei sich gerade im Einzelhandel überhaupt die generelle Frage nach der Sinnhaftigkeit des Lehrberufs stellt. Es ist einzusehen, daß man in technischen oder handwerklichen Berufen eine einschlägige Ausbildung braucht, aber im Einzelhandel dient der Lehrling nur der Beschaffung billiger Arbeitskraft. Denn zu "lernen", wie man z. B. einen Bleistift verkauft, ist sicher keine Sache von 3 Jahren (Lehrberuf Papierhändler). Und da, wo eine Ausbildung nötig ist, ist sie nur in überbetrieblichen Lehrwerkstätten unter Kontrolle der Gewerkschaft und der Lehrlinge wirklich möglich. Denn nur dort kann verhindert werden, daß der Lehrling nicht zur billigen Hilfskraft verkommt, die jahrelang die selben Handgriffe macht, und dann am Arbeitsmarkt keine Chance hat.

Der Protest gegen die Ausbeutung der Lehrlinge ist schwierig, vorallem weil die notwendige Unterstützung der Gewerkschaft oft ausbleibt. Und in Zeiten der Krise, wo der Arbeitsplatz immer kostbarer wird, überlegt man es sich gerade in den klassischen Berufen zweimal, ob man etwas gegen die Ausbeutung im Betrieb tut. Und die Schlange derer, die schon auf einen Job



warten, wird nicht kürzer - vorallem auch deshalb weil sich z. B. immer noch 2/3 der weiblichen Lehrlinge auf 4 Lehrberufe aufteilen.

Durch diese Konzentration von Mädchen und jungen Frauen in "traditionellen" Berufen (Verkauferrin,...) kann natürlich viel mehr Druck ausgeübt werden, ganz abgesehen davon, daß diese Berufe vortrefflich ins herrschende Frauenklischee passen. Meist sind die Berufe, in denen Frauen tätig sind, Niedriglohnberufe, dies es später leichter machen, die Frau wieder aus dem Arbeitsprozess auszuschließen, und auf ihre Rolle als Hausfrau und Mutter zurückzustützen.

Doch nicht nur im Betrieb, auch in der Berufsschule sind Lehrlinge massiven Belastungen ausgesetzt. Oft gibt es Hausaufgaben und schwere Prüfungen, was für die Lehrlinge neben dem "normalen" Berufsleben eine enorme zusätzliche Belastung bedeutet. Die Lehrpläne gehören entrümpelt, sind oft absolut praxisfremd, Allgemeinbildung wird hingegen sehr wenig vermittelt. So wehrt sich die Bundeswirtschaftskammer seit Jahren dagegen, Englisch und Politische Bildung zum Pflichtgegenständen in den Berufsschulen zu machen. In vielen

Fällen, vorallem in den Bundesländern kommt noch hinzu, daß die Lehrlinge 1 mal im Jahr für mehrere Wochen in Berufsschulen kaserniert werden, nach einem strengen Punktesystem für jedes "Vergehen" bestraft werden, und den ganzen Spaß oft noch dazu von ihrer eigenen Lehrlingsentschädigung bleichen dürfen.

Doch die Lehrlinge beginnen sich zu wehren. In Salzburg gingen am 1.4. 2500 Lehrlinge auf die Straße. Das war die größte Lehrlingskundgebung der 2. Republik. Sie demonstrierten für die Einführung der 5-Tage-Woche an Salzburgs Berufsschulen. Denn viele Lehrlinge, die in diesen Internaten untergebracht sind, können ihre Familien oft wochenlang nicht sehen, wenn am Samstag Schule ist. Ein Teilerfolg konnte erzielt werden. Seit 8. Mai gibt es an der Berufsschule Hallein nur mehr 5 Tage Unterricht.

Wenn Lehrlinge sich gemeinsam wehren, können sie also vieles erreichen. Aber noch immer gehören sie zu den am meisten ausgebeuteten Schichten in der Gesellschaft. Und immer mehr Lehrlinge gehen nach rechts. Warum ist das so? Viele haben zu Recht das Gefühl von ihren traditionellen Organisationen (ÖGB, SPÖ) nicht mehr vertreten zu werden - Haider sagt wenigstens, daß er was für sie tut. Doch in Wirklichkeit treibt er genauso den Sozialabbau voran, er unterstützt beispielsweise massiv die Forderung den 1. Krankenstandtag nicht zu bezahlen. Aber viele Lehrlinge werden solange nach rechts sehen, bis es eine ernsthafte Alternative von links gibt, bis sich Lehrlinge zusammenschließen um für ihre Rechte zu kämpfen. Die Salzburger Lehrlinge haben uns den richtigen Weg gezeigt, wie man soziale Verbesserungen erreicht - auf diesem Weg gilt es, weiter zu arbeiten!

Michi Bonvalot  
Jugend für Sozialismus 5

Die ÖVP hat nach über 4 Jahrzehnten absolute Herrschaft abgewirtschaftet. Der Haas gegen ihre Pfänderewirtschaft ist groß, ohne schwarzes Parteibuch ist man in Niederösterreich nichts. Die Demokratie Blogs von Pröll wirkten (wie das hinausziehen einer Jugendkandidatin aus dem Landtag nach der Wahl bewies) zurecht wie hohle Phrasen. Wirtschaftlich befinden sich viele Regionen in einer ernsthaften Krise. Die ÖVP hat ihren bundesweiten Spaturs auch in Niederösterreich voll durchgesetzt. Möglich war das nur weil die SPÖ fast alle Maßnahmen der ÖVP (für ein paar Posten in der Landesregierung) voll mitgetragen hat, anstatt um jeden Arbeitsplatz mit den Arbeitnehmern gemeinsam zu kämpfen (anstatt drüber zu reden). So wurde das Feld einmal mehr der FPÖ überlassen, die alle brennenden Fragen aufgriff und ihre populistischen Scheinlösungen anbot. Interessant ist die Entwicklung von Grünen und Liberalen Forum. Nach dem Pils seiner Partei jetzt ungenügend einen braven Kurs verpasst hatte, sprach diese Partei noch stärker als bisher rein bürgerliche Schichten an. Das konnte aber Heide Schmidt, die es unterstützt von den Medien - bei den selben Bevölkerungsteilen versuchte weiß besser. Die SPÖ-Führung hat aus dem Wahlergebnis jedenfalls nichts gelernt: Sie koalitiert weiter mit der ÖVP anstatt unsere Interessen zu vertreten.

## Verfolgt, geflohen und abgeschoben

Auch in Österreich kann von Durchsetzung der Menschenrechte keine Rede sein. Die rassistischen Sondergesetze stampeln sogenannte "Ausländer" zu Menschen zweiter Klasse ab.



Nach geltendem Recht dürfen sogenannte "Fremde" in Österreich weder Vereine gründen noch Versammlungen anmelden. Sie besitzen (außer in einzelnen Interessensvertretungen) weder das aktive noch das passive Wahlrecht und haben keine rechtliche Handhabe gegen diskriminierende Behandlung durch Behörden. Nicht einmal die sogenannten "Bürgerrechte" werden den "Ausländern" eingeräumt.

1989 begann die österreichische Regierung mit der neuen Ausländerpolitik. 1989 wurde die Visumpflicht für Bulgaren eingeführt, seit 1990 brauchen Türken und Rumänen ein Einreisevisum, seit 1992 gilt das auch für Bürger Serbiens und Montenegros. Diesen schnell getroffenen Maßnahmen folgte ein umfassendes Gesetzeswerk.

### Asylgesetz

Erster Baustein war das Asylgesetz, das am 1.6.1992 in Kraft trat. Demnach darf nur einen Asylantrag stellen, wer nicht über ein Drittland eingereist ist, in dem er nach Ansicht der österreichischen Behörden die Möglichkeit hatte, einen Asylantrag zu stellen. Da heute alle Nachbarländer Österreichs als seiner eingestuft werden, kann ein Flüchtling nur mit dem Flugzeug einreisen.

Außerdem muß ein Flüchtling seine Identität "glaubhaft" nachweisen können. Erfüllt der Flüchtling eine dieser Bedingungen nicht, gilt sein Asylantrag als "offensichtlich unbegründet" und kann in einem Schnellverfahren abgewiesen und die betreffende Person abgeschoben werden.

Da der Ermessensspielraum der Behörde sehr groß ist, kann durch eine restriktive Politik der Behörden das Recht auf Asyl faktisch abgeschafft werden.

Während des laufenden Asylverfahrens wird (trotz Argumentation mit "sicherem Drittland!") in der Praxis die Abschiebung in

das Herkunftsland bei der zuständigen Botschaft vorbereitet. Laut Innenministerium wird in ALLE Länder abgeschoben.

Asylwerber, die nicht in Schubhaft genommen werden, werden in die Illegalität mit allen Konsequenzen (Obdachlosigkeit, keine ärztliche Versorgung, Mittellosigkeit, usw.) gedrängt. Seit Bestehen des neuen Asylgesetzes sank die Zahl der Antragsteller um 65 % innerhalb eines Jahres!

### Fremdengesetz

Am 1.1.1993 wurde nun das Asylgesetz durch das sogenannte Fremdengesetz ergänzt. Danach muß, wer aus einem Land kommt dem Österreich die Visumpflicht auferlegt hat, beim Antrag auf Sichtvermerk nachweisen, daß er/ sie krankenversichert oder zahlungsfähig ist. Nur, wer die "öffentliche Ruhe, Ordnung und Sicherheit" bei uns voraussichtlich nicht stören wird, hat Aussicht, ein Einreisevisum zu bekommen. Da es aber keinen Rechtsanspruch darauf gibt, kann die Behörde ohne Angabe von Gründen den Sichtvermerk verweigern.

Rassismus beginnt an der Grenze. Jeder kann sich selbst denken, welche unterschiedliche Praxis gegenüber einem sudanesischen Arbeiter im Vergleich zu einem deutschen Unternehmer gemacht wird. Ausschlaggebend ist, ob die Reisenden über ausreichend Geld verfügen und einen Wohnsitz vorweisen können. Diese Regelung liefert sie dem persönlichen Gutdünken des Grenzorgans aus.

Sind in einer Wohnung mehr als fünf ausländische Personen wohnhaft, dürfen Sicherheitsorgane ohne Durchsuchungsbefehl eindringen, wenn der Verdacht besteht, daß "illegale" beherbergt werden.

Die mögliche Dauer der Schubhaft wurde auf sechs Monate verlängert - selbst Kinder und Jugendliche sind davor nicht gefeit. Wer schwarz beschäftigt ist, kann abgeschoben werden.

Diese Bestimmungen gelten für alle Ausländer - mit Ausnahme von EWR-Bürgern. Das heißt, daß einerseits selbst Ausländer, die hier geboren sind und über eine unbefristete Aufenthaltsbewilligung verfügen, abgeschoben werden können. Andererseits werden Ausländer in zwei Kategorien eingeteilt: in gute EWR-Bürger und schlechte Nicht-EWR-Bürger.

### Aufenthaltsgesetz

Seit 1.7.1993 ist nun das neue Aufenthaltsgesetz, der dritte Eckpfeiler, in Kraft. Danach muß noch im Herkunftsland um Aufenthaltsbewilligung angesucht werden.

Eine derartige Bewilligung erhält nur, wer in Österreich einen Job in Aussicht hat und eine Unterkunft nachweisen kann, wie sie für Inländer ortsüblich ist - dies aus dem Ausland nachzuweisen, ist natürlich de facto kaum möglich! Im neuen Gesetz wird ein generelles Aufenthaltsverbot für mittellose Ausländer festgelegt. Wer nicht nachweisen kann, wovon er lebt, muß gehen. In diese Situation werden viele ausländische KollegInnen in Zukunft kommen, da bei Kündigungen "Ausländern der Vorzug gegeben wird" - falsche Staatsbürgerschaft, und schon fliegt man.

Jährlich wird von der Bundesregierung ein Kontingent von Aufenthaltsbewilligungen festgelegt. Diese Quote schließt allerdings die bereits hier lebenden Ausländer sowie die Zahl der prognostizierten Asylwerber mit ein. Die Aufenthaltsbewilligung ist auf sechs Monate befristet. Erst nach 5 Jahren ist mit der unbefristeten Aufenthaltsgenehmigung zu rechnen. Da somit Ausländer mit der ständigen Ungewißheit, wie lange sie noch in Österreich bleiben können, leben müssen, wird verhindert, daß sie sich jemals hier zu Hause fühlen.

Die Kriterien für die Erteilung der Aufenthaltsbewilligung orientieren sich rein am Interesse der Wirtschaft an der betreffenden Person, d. h. am Alter, an den Fähigkeiten und den Sprachkenntnissen. Der Nachzug der Familie ist nicht erwünscht: Erst nach zwei Jahren Aufenthalt darf die Familie nachkommen. Wird dem Migranten aber die Aufenthaltsbewilligung entzogen, verliert die ganze Familie automatisch ihre Aufenthaltsbewilligung und muß ins Herkunftsland zurückgehen.

Da EWR-Bürger keine Aufenthaltsbewilligung benötigen, wird ein Keil zwischen die Ausländer selbst getrieben. Die Menschen aus Nicht-EG-Staaten werden endgültig zu einer jederzeit verschiebbaren Masse von Saisonarbeitern und Niedriglohnempfängern gemacht.

Ausländische Arbeitnehmer werden weiter und stärker diskriminiert. Sofern sie sich durch die restriktive Gesetzgebung nicht gezwungen sehen, überhaupt illegal zu arbeiten, nehmen sie die schlecht bezahlten und gefährlichsten Arbeiten an. Erst so wird es möglich sie als Lohndrücker einzusetzen. Dadurch wird der Rassismus von der Straße erst geschürt (1992 gab es in Österreich bereits 10 Brandanschläge).

Es gilt eine gemeinsame Front von in- und ausländischen Arbeitnehmern und Jugendlichen aufzubauen: Keine Billiglöhne, Arbeit durch Arbeitszeitverkürzung, weg mit den diskriminierenden Gesetzen!

Sybille Uhudla SJ 3

## Asthma und Hautkrebs

Die Ozonschicht ist für jegliche Existenz auf der Erde notwendig. Aber trotzdem wird sie so gut wie ungebremst immer weiter zerstört!

Schuld an der Misere sind Fluorchlorkohlenwasserstoffe (FCKWs). Sie dienen als Kühlmittel in Klimaanlage und Kühlschränken, als Treibgas für Deodorants und Haarsprays, als Schäumungsmittel für Hamburgerpackungen und Gebäudeisolierungen. Bei der Entdeckung glaubte man endlich ein Gas gefunden zu haben, das "unproblematischer nicht sein könnte." Doch obwohl man schon bald eines besseren belehrt worden war, wurden seither mehr als 20 Millionen Tonnen produziert - was heute katastrophale Auswirkungen hat.

Auf der ganzen Welt leiden Menschen inzwischen an den Folgen des FCKW-Ausstoßes. Experten sagen, daß bereits in den Frühjahrsmonaten '93 20 % der Ozonschicht gefehlt haben. Auch die Österreicher bekommen diese Auswirkungen zu spüren: Schon nach kurzem Sonnenbad ohne geeigneten Schutz sind einem Verbrennungen gewiß. Und sollte sich die Situation nicht stabilisieren, können Ausflüge in der Sonne zum gefährlichen Unternehmen werden. Auch vor dem Ausstoß von FCKWs gab es jahreszeitliche Schwankungen der Ozonkonzentration in der Stratosphäre (Atmosphärenschicht). Doch damals konnte die Natur diesen Abbau immer wieder ausgleichen, wozu sie aber heute nicht mehr in der Lage ist.

Die Folgen sind enorm: Jeder Prozentpunkt Abweichung von der normalen Ozonkonzentration würde vier bis fünf Prozent mehr Hautkrebsfälle verursachen. Doch trotz aller Warnungen hat sich die Zahl der Hautkrebskrankungen seit Beginn der fünfziger Jahre verdoppelt. 12.000 neue Fälle werden jährlich registriert. Statt den 500.000 Hautkrebskrankungen die in den nächsten fünfzig Jahren statistisch zu erwarten wären, rechnet die US-Umweltschutzbehörde nun mit 12 Millionen. In Österreich erkranken pro Jahr bereits 1500 Menschen an der schlimmsten Form von Hautkrebs, dazu werden weitere 12.000 Menschen jährlich an weniger gefährlichen Hautkrebsarten erkranken. Auch Pflanzen und Tiere sind betroffen:

\*) Da UV-Strahlen die Photosynthese von Pflanzen stören, könnte das Wachstum von Mais, Roggen und Sonnenblumen beeinträchtigt werden.

\*) Eine geringfügige Strahlenerhöhung kann die Blütezeit von Pflanzen verschieben. Der natürliche Ablauf zwischen Blüte und bestäubenden Insekten wird dadurch gestört und somit die botanische und zoologische Artenvielfalt in Gefahr gebracht.

\*) Auch Ozeane bleiben von den Folgen der UV-Strahlung nicht verschont. Die Strahlen



können bis zu zwanzig Meter unter die Wasseroberfläche dringen - seit 1987 ist der Bestand an Plankton um mehr als ein Zehntel zurückgegangen.

\*) Tiere und Pflanzen leiden besonders an

## Freiheit für politische Gefangene

Schon im letzten VORWÄRTS berichteten wir von Philemon Mauku, einem schwarzen, südafrikanischen Marxisten, der wegen "illegalem Waffenbesitz" in Südafrika eingesperrt ist. Er und 21 andere politische Gefangene traten am 1. Mai in einen ursprünglich unbefristeten Hungerstreik. Weltweite Solidaritätsaktionen waren die Folge. Nach etwa 2 Wochen wurde der Hungerstreik wegen der Wiederaufnahme der Verhandlungen über politische Gefangenen zwischen ANC und Regierung abgebrochen.

Die zweite Maiwoche wurde zur Aktionswoche erklärt. Auch in Österreich wurden über 400 Unterschriften für die Freilassung Philemons und den anderen 21 politischen Gefangenen gesammelt. Außerdem gabes vom 10.-13. Mai einen Info-Tisch vor der südafrikanischen Fluglinie. Dabei kam es zu tätlichen Übergriffen eines DVU (=Deutsche Volksunion)-Mitgliedes. VORWÄRTS hat auch eine Südafrika-Broschüre produziert, die sich mit dem Thema Südafrika auseinandersetzt. Bei Diskussionen waren einige der Meinung, daß die Apartheid in Südafrika nicht mehr existiere, da ja die Regierung der schwarzen Bevölkerung in Zukunft alle Rechte gewähren wird. Der Alltag in Südafrika beweist allerdings das Gegenteil. Rassendiskriminierung ist noch immer vorhanden, politisch Andersdenkende werden noch immer eingesperrt und die

den Auswirkungen der UV-Strahlung. Zahlreiche Schafferden erblindeten in Chile. Unter der UV-Strahlung färbten sich Kakteen in der argentinischen Hochebene rosa.

Auch bei sofortigem Produktionsstopp aller Ozonkiller wird der Höhepunkt der Vernichtung erst um die Jahrhundertwende sein. Umweltexperten meinen, frühestens 2050 könnte sich der Chloranteil in der Stratosphäre auf einen unproblematischen Wert stabilisiert haben. Da jedes aufsteigendes Molekül ca. 50 Jahre braucht, ehe es die Stratosphäre erreicht und dort noch einmal doppelt solange wütet, hat ein Großteil der bisher freigesetzten Gase sein Zerstörungswerk noch nicht einmal begonnen.

In so gut wie jedem Bereich, in dem FCKW verwendet werden, könnten sie ersetzt oder überhaupt vermieden werden. Das aber ist eine Kostenfrage. Denn die Unternehmer sind nicht bereit, die Produktion auf umweltverträgliche Produkte umzustellen, wenn das ihren Profit schmälern würde! Wir müssen verhindern, daß sie UNSERE Umwelt weiter zerstören, um IHRE Profite zu sichern!

Margit Dechat SJ 23

schwarzen Arbeiter werden noch immer mit Hungerlöhnen abgespeist. Außerdem werden separatistische Gruppierungen wie die Inkatha von der Regierung unterstützt, während Waffenbesitz bei Schwarzen, die nur ihr Leben verteidigen wollen, ein schweres Delikt ist.

Am Ende dieser Aktionswoche wurden die gesammelten Unterschriften in der Südafrikanischen Botschaft übergeben. Während der NGO-Tagung (Nicht-Staatliche-Organisationen) in Wien sammelten wir ebenfalls etwa 500 Unterschriften von Delegierten und Besuchern. Darunter waren Vertreter internationaler Organisationen und der Friedensnobelpreisträger von 1980, Perez Esquivel. Außerdem konnten wir die Grünen, die SJÖ, die KPÖ und andere Organisationen überzeugen, die Kampagne für die Freilassung der politischen Gefangenen zu unterstützen. In der Botschaft wurde uns erklärt, daß die südafrikanische Justiz für Schwarze gerechter sei als für Weiße. Fragt sich nur, warum Philemon Mauku und weitere 21 andere ANC-Aktivisten noch immer im Gefängnis sitzen?

Thomas Prieler SJ 6



Philemon Mauku

Freiheit für

## Rassismus: Ursache und Wirkung

In der Nacht des Pfingstamstag verübten Neonazis einen Brandanschlag in Solingen (Deutschland), bei dem 5 türkische Frauen und Kinder verbrannten. Nach den zahlreichen Großaktionen (Lichterketten u.s.w.) glaubten viele Jugendliche und Antifaschisten, daß der rechte Terror mit Mölln seinen Höhepunkt erreicht hätte. Doch Solingen hat gezeigt, daß es weiter geht.

Das soziale und wirtschaftliche Desaster drängt immer mehr Jugendliche an den extrem rechten Rand der Gesellschaft. 1990, als die deutsche Wirtschaft noch relativ stabil war, wurden 270 rechtsextreme Gewaltakte registriert. 1991 waren es bereits 1483 und 1992 2518. Dazu kommen noch die nicht polizeilich registrierten und die mißglückten Angriffe. Wieviel werden es 1993 werden? 1982 waren ca. 20.000 Deutsche in faschistischen Kleingruppen organisiert. 1993 waren es bereits 65.000 - Tendenz ebenfalls steigend. Obwohl hier noch keine Häuser brennen, ist Österreich

keine Insel der Seligen. Im Mai besetzten Neonazis in Salzburg das Kulturgelände Petersbrunnhof - für 2 Wochen fungierte es als eine Art Parteizentrale und Parteihelm der österreichischen Neonaziszene. Es wurde Propagandamaterial verteilt, Naziparolen gesprüht, SS-Lieder gesungen, Alt- und Jungnazis kamen auf Besuch und schulten die jungen Mitläufer. Von den 20 fixen Besetzern gaben 17 an, sie würden dort wohnen, weil sie sowohl Arbeits- als auch Obdachlose wären. Die soziale Misere, die ein Erstarken der Neonaziszene möglich macht, ist also in Österreich schon längst gegeben.

Die wichtigste Gruppe, die in Österreich aktiv ist, ist die VAPO (Volkstreue Außerparlamentarische Opposition). Sie bildet Kader aus, die in verschiedenen Kleinstädten sogenannte "Kameradschaften" bilden. Soziale Demagogie und kameradschaftliche Taten (Wohnraumbeschaffung sowie Gemeinschaft und Abenteuer) sind dabei besonders wichtig. Die Arbeit der deutschen FAP (Freiheitlich-deutsche Arbeiterpartei) wird als Vorbild genommen. Diese ist die Schwesterorganisation der VAPO. Die Gefahr, die von der VAPO ausgeht, wird oft unterschätzt. Da sie sich in den vergangenen zwei Jahren vermutlich auf die Ausbildung von Kadern konzentriert hat, ist sie weniger in der Öffentlichkeit aufgetreten. Jetzt scheint sie aber in die Offensive zu gehen. Kameradschaften bestehen bereits in Wien (2), Linz, Salzburg, Graz, Innsbruck, Bregenz, Gmunden, Wels, Steyr, Karpfenberg, Krems, St. Pölten, Pöggstall-Melk, Langenlois und Wiener Neustadt. In NO besteht außerdem gute Kontakte zum RFJ (Ring Freiheitlicher Jugend). 429 rechtsextreme Gewalttaten wurden 1992 in Österreich registriert - im Verhältnis zur Einwohnerzahl sind das bei weitem mehr als in Deutschland! Wobei viele Taten von nicht organisierten Rechten verübt werden.

Liberale oder bürgerliche Antifaschisten behaupten auch, daß hinter den Gewalttaten verhetzte, verwahrloste jugendliche Einzelgänger stünden. Es ist aber bekannt, daß VAPO bzw. FAP sogenannte Gau- und Reichsappelle durchführen. D.h. an einem bestimmten Tag werden an einem bestimmten Ort bzw. Landstrich (sogenannter Gau) oder im gesamten deutschen Sprachraum (Reich) die rechtsextremen Aktivisten zusammengefaßt und vorgeplante Großaktionen gestartet. So war

der Brandanschlag auf das Asylantenheim Ettinger in Traunkirchen (Oberösterreich) am 16.1.92. nicht der spontane Einfall örtlicher Faschos, sondern wurde vom Salzburger Gauleiter Günther Reinthalter geplant und befohlen. Das Attentat von



Rostock ist wahrscheinlich ein Reichsappell gewesen. Die Aktionen waren in dieser Nacht nicht nur auf Rostock beschränkt, außerdem wurden an mehreren Orten internationale Nazigrößen verhaftet.

Aber nicht nur Neonazis werden immer aktiver, auch rechtsradikale und rechtspopulistische Parteien werden stärker. Die Le Pens, Schönhubers und Rechtsdemokraten kommen immer mehr Stimmen und über all versuchen regierende Großparteien diese Rechtsparteien rechts zu überholen. So werden aus Deutschland jedes Jahr hunderte Roma und Sinti nach Rumänien abgeschoben (auch wenn ihr Geburtsland gar nicht Rumänien ist), obwohl diese in Rumänien keinen Rechtschutz (z.B. Sozialversicherung) haben und schlimmen Verfolgungen ausgesetzt sind. Wer öffentlich vor der "durchraßten" Gesellschaft warnt, kann in Bayern Ministerpräsident werden. Und in Österreich tritt am 1. Juli '93 das neue Aufenthaltsgesetz in Kraft. Derartige Schikanen führen zu einer enormen Verunsicherung bei den ausländischen Kollegen. Diese Unsicherheit führt zu billigerer Arbeit und zu Rekordmieten, die sie zwangsläufig zu leisten "bereit sind". Sie sind der Erpressung der Unternehmer wehrlos ausgeliefert. Wohnungsnot, Arbeitslosigkeit und Lohnrückgang fördern wieder den Unmut inländischer Arbeiter. Ein Jörg Haider schiebt die Schuld den Ausländern zu, bekommt mehr Stimmen, worauf die Regierungsgesetze noch ausländerfeindlicher werden. Der Druck steigt weiter, die Rekordmieten und die Billigarbeit nehmen weiter zu. Dieser Teufelskreis dreht sich bis zu Brandanschlägen auf Asylantenheime. Während Geld für Ausländerberatung, aber auch das Langzeitarbeitslosengeld gestrichen wird, Lehrwerkstätten geschlossen werden, kann ein Ka-

pitalist wie Emmerich Assmann aus seiner kaputtgewirtschafteten Firma in einem Jahr noch 26 Millionen an Gewinnbeteiligung erhalten. Obwohl er hunderte Arbeiter in das soziale Desaster gestürzt hat.

Bei diesen Punkten muß eine antirassistische Bewegung einhaken und nicht mit moralischen Appellen auf sozial schwache Österreicher einreden.

"Mit den Lichterketten hat das deutsche Bürgertum nur sein Gewissen erleichtert," meinte ein erzürnter türkischer Arbeiter einen Tag nach den Brandanschlägen von Solingen völlig zurecht. Gegen Nazis auf der Straße muß man kämpferisch vorgehen. Häuser und Asylantenheime müssen von Verteidigungskomitees, bestehend aus In- und Ausländern, aber vor allem den Bewohnern, geschützt werden als erste Stufe zum Selbstschutz vor Nazi-Angriffen. Wenn Nazis vor Schulen oder Berufsschulen ihre Propaganda verteilen, müssen sie von Antifaschistengruppen vertrieben werden. Die Nazis müssen von der organisierten Arbeiterbewegung - vor allem von den Gewerkschaften - zerschlagen werden. Der Protest gegen die sozialen Probleme darf

nicht von Haider oder anderen Rattenfängern aufgefangen werden. Antifaschistischer Kampf ist ein Kampf für Vollbeschäftigung, genug billige und gute Wohnungen, Mindestlohn und für demokratische Rechte der Arbeiter in den Betrieben. Antifaschistischer Kampf ist ein Kampf gegen die Verursacher der sozialen Krise, dieser kann also nicht mit ÖVP und konservativen Burschenschaften gemeinsam geführt werden, sondern nur von einer Einheit aus allen Arbeitnehmerorganisationen.

So kann z. B. das bürgerliche SOS-Mitmenschen Argument "Ausländer finanzieren unser Sozialsystem" schnell in die Hose gehen. Mehrere europäische Wirtschaftsstudien beweisen, daß Ausländer zu den Hauptverlierern der Wirtschaftskrise zählen, bald könnte also auch in Österreich inländische Arbeitnehmer den ausländischen Arbeitnehmern die Sozialleistungen bezahlen. Die Katholiken und die Bürgerlichen werden dann die Arbeiter zum verstärkten Teilen (Solidarpart) auffordern, wer aber nichts zum Teilen hat, wird auch nicht teilen wollen. Und der bürgerliche Antifaschismus ist am Ende seiner Sackgasse angelangt.

Solange die reichen kapitalistischen Länder den Rest der Welt als billigen Rohstofflieferanten und als Billiglöhnländer mißbrauchen, werden sich hungrige Menschen auf den Weg zu uns machen. Wenn sie nicht einreisen dürfen, werden sie über die grüne Grenze kommen, und wenn sie nicht arbeiten dürfen, werden sie auf den Arbeitsstrich gehen und schwarz arbeiten. Das Einwanderungsproblem ist also ein Problem, das im Rahmen der "freien Marktwirtschaft" nicht lösbar ist. Europaweit wächst der Unmut über die Verursacher der sozialen Krise. Sollte es in Österreich zu Streiks kommen, müssen diese von SPÖ und ÖGB konsequent unterstützt werden. Wenn sich intellektuelle und Künstler auf die Seite der Streikenden stellen, trifft das Haider und Co. mehr, als wenn sie an die Anständigkeit der Menschen appellieren. Nur so wird es gelingen, den berechtigten Haß, der heute die ausländischen Kollegen trifft, auf die wahren Schuldigen, die Kapitalisten, zu lenken.

Michael Gehmacher  
aus der SJ ausgeschlossen

## Antifaschismus aktiv!

Die letzten zwei Monate waren gefüllt mit antifaschistischen Aktionen. Das Antifaschistische Komitee der SCHÜLER UND LEHRLINGE WIENS war bei zahlreichen Veranstaltungen und Demonstrationen dabei und hat auch einige selbst organisiert.

\* Am 20.4. veranstalteten wir die schon traditionelle **Demo zum Hitler-Geburtstag**, an der auch heuer wieder etwa 1000 Jugendliche teilnahmen.

\* Am 30.4. beteiligten wir uns am **Fackelzug** der Sozialistischen Jugend. Das Antifaschistische Komitee war mit 200-300 Leuten ein großer, und vor allem lauter und bunter Teil des Aufmarsches.

\* Am 9.5. fand in **Mauthausen** die traditionelle **Befreiungsfeier** statt. Und wir vom Antifa-Komitee waren natürlich auch vertreten. Wir sind mit einem Bus vom Westbahnhof nach Mauthausen gefahren. Während der Fahrt erzählte uns ein "geprüfter Mauthausenführer" über das Lager und die Nebenlager. Nach der Befreiungsfeier machten wir dann noch eine Führung durchs Lager, an der auch zeitweise ein ehemaliger Lagerinsasse teilnahm.

\* Am 1.6. trafen sich etwa 50 Leute bei der Oper, um auf die **Greuelthaten von Solingen** hinzuweisen, und um zu zeigen, daß wir das nicht schweigend hinnehmen.

\* Am 5.6. waren Vertreter des Antifa-Komitees in Passau um an einer **Demo gegen den dort geplanten Parteitag der NPD** teilzunehmen, den wir gemeinsam mit "Jugend gegen Rassismus - Deutschland"

verhindern konnten.

\* Am 9.6. beteiligten wir uns an einer **Demo gegen die Morde von Solingen**, die uns von der Oper zur deutschen Botschaft führte. Das **ANTIFA-KOMITEE MÖDLING** veranstaltete am selben Tag ein Antifa-Fest, welches hoffnungslos überfüllt war. \* Am 19.6. beim **"Zug der Kulturen"** und dem anschließenden Fest, die anlässlich der Menschenrechtskonferenz stattfanden, waren wir dabei.

Während dieser Zeit haben sich die Gruppen natürlich regelmäßig getroffen:

**Antifa-Süd:** jeden 2. und 4. Freitag im Monat 19 Uhr, Wien 5, Reinprechtsdorferstr. 6  
**Ordnerdienst:** jeden 1. und 3. Freitag im Monat 19 Uhr, selbe Adresse

**Antifa-West:** jeden Montag 19 Uhr, Fun-Fun, Wien 15, Johnstr./Nahe Schmelz  
**Antifa-Eins:** jeden Dienstag 15 Uhr 30, Cafe Hegelhof, Wien 1, Hegelgasse

**Antifa-Zehn:** jeden Freitag 19 Uhr, Wien 10, Pernersdorferstr. 42  
**Lehrlingsgruppe:** jeden 1., 3. und 5. Freitag im Monat 19 Uhr, Siebensterng. 31, Wien 7  
Wenn Du jetzt Lust bekommen hast mitzumachen, schreib an das **Antifa-Komitee PF 1233 Wien** oder komm gleich in einer Gruppe vorbei!

Severin Mahrer Antifakomitee Süd

## Verharmlosung

Sie wollten "dem Phänomen FPÖ auf die Spur kommen", heißt es in der Vorankündigung zum Film "Die Wahlkämpfer". Haider wird von der harmlosen Seite gezeigt, so beim Tennisessen mit einem Kumpel, nachher entspannt ohne Ambitionen, in gemütlicher Unterhaltung mit selbstkritischem Humor.

Im Kontrast zu rabiaten Altnazis auf offener Straße mit Phrasen von vorgestern, wirken die "Wahlkämpfer" der FPÖ dagegen im Film zivilisiert und sanft. Die Filmemacher haben sich in jahrelangen Vorbereitungen und Dreharbeiten im Gestrüpp des Haider-Apparates verirrt. Vor "Verteufelung" des Haiderismus wollten sie sich hüten und sind in Verharmlosung

gestolpert.

Kein Ton von Haiders verbalen Exzessen, keine Silbe von Mölzers Thesen. Hingegen eine Fülle von harmlosen, nahezu gemühtlichen Szenen und Unterhaltungen, keineswegs typisch für Dynamik und Zielsetzung der Rechtsopposition.

Zweifelloos sind Mitläufer rechtsradikaler Bewegungen von vornherein keine Monster, sondern ganz "normale" Menschen. Es ist nur die Frage, was aus ihnen wird, wenn die Bewegung sich erst in Bewegung setzt.

Ein zweideutiger Streifen, ausdrücklich "mit besonderem Dank für Dr. Jörg Haider"...

Georg Scheuer

## ANTIFA

Am 25.6. fand die 1. größte Aktion des Antifa-Komitees Wien-Favoriten statt. Dabei handelte es sich um eine Demo, die sich den hinterhältigen Brandanschlag in Solingen zum Anlaß nahm. Gerade in einem Bezirk wie Favoriten, wo es einen sehr hohen Ausländeranteil gibt, war es wichtig, zu zeigen, daß es eine Alternative zu den Faschisten und zur FPÖ gibt. Der 2. Hauptgrund diese Demo zu machen, war, unseren ausländischen Kollegen unsere Solidarität nicht nur in Worten, sondern auch in Taten zu demonstrieren. Nach einigen Uneinigkeiten mit unseren "Freunden und Helfern" brach die Demo, an der ungefähr 300 in- und ausländische Antifaschisten teilnahmen, auf. Die auf einen kurzen Zwischenfall vertiefte Demo friedlich. Nach einer kurzen Zwischenkundgebung vor der Favoriten FPÖ-Zentrale, ging die Demo auf dem Antonplatz zu Ende. Die Stimmung auf der Demo war gut und kämpferisch, vor allem die türkischen Jugendlichen machten ihrem Unmut laut. Das war die 1. Aktion des Antifa-Komitees Favoriten - es werden noch viele folgen. Kein Fußbreit den Faschisten!

Michi Veithaber  
Antifa Komitee Favoriten

# 1929: Weltwirtschaft 20er Jahre :

Die Zahl der Arbeitslosen stieg innerhalb eines Jahrzehnts von 127.000 auf 274.000. Die Produktion sinkt. Trotz aller gegenteiliger Beteuerungen ist auch Österreich in den Sog der kapitalistischen Weltwirtschaftskrise hineingezogen worden.

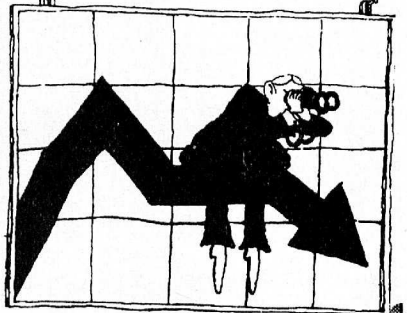
Weltweit stehen wir vor einer neuen Periode der Instabilität, Massenarbeitslosigkeit und Unfähigkeit des Kapitalismus, die Menschheit weiterzuentwickeln. Doch dieser Umstand ist nichts einmaliges in unserem Jahrhundert. Eine der tiefsten Krisen in seiner Geschichte durchlebte der Kapitalismus in den 20er Jahren. Welchen Hintergrund hatte die damalige Krise und welche Parallelen gibt es zur heutigen Situation?

## 1. Weltkrieg und seine Folgen

Der 1. Weltkrieg war ein Krieg um die Neuaufteilung der Welt zwischen den imperialistischen Mächten. Für Europas Wirtschaft brachte er Zerstörung und Verfall. Die Produktion war zu Kriegsende um mehr als die Hälfte (gegenüber 1914) zurückgegangen, die Staatsverschuldung im Schnitt um über 60% angestiegen. Die Lage der Arbeiter und einfachen Soldaten war katastrophal. In einer Welle von Revolutionen, beginnend mit Rußland 1917, versuchten sie, dem System, das Krieg,

Hunger und Not gebracht hatte, ein Ende zu machen. Doch bis auf Rußland mißlangen diese Versuche, weil vor allem die Führer der sozialdemokratischen Organisationen kein Interesse an einer sozialistischen Veränderung hatten. In Deutschland ließ der sozialdemokratische Innenminister Noske auf revolutionäre Arbeiter schießen, in Österreich koalierten die Parteiführer Renner und Bauer lieber mit den Christlich-Sozialen. Gerade der österreichische Kapitalismus war (plötzlich von den

ausbeutungsmöglichkeiten in seinen ehemaligen Habsburgerländern abgeschnitten) unfähig, der Arbeiterklasse irgendeine positive Perspektive anzubieten. Anfang der 20er Jahre wurden gerade 22% der Industriekapazitäten ausgenutzt, also 68% der Maschinen standen in einem Land, wo Hunger und Not herrschte, still. Die Kosten für die Unfähigkeit des Kapitalismus bezahlten die Arbeiter: Alleine 1921 fielen die Löhne um 12,5%. Doch auch den europäischen "Siegerstaaten" des Krieges ging es nicht besser. Sie beka-



men die enorme Verschiebung des Kräfteverhältnisses zu Gunsten der USA (deren Anteil stieg von 5 auf 30% an der Weltproduktion) zu spüren.

## Inflation

In Österreich und Deutschland setzte ab Anfang der 20er Jahre eine enorme Entwertung des Geldes ein. Im Juli 1919 benötigte ein durchschnittlicher österreichischer Arbeiterhaushalt 2500 Kronen, im Juli 1920 5000 Kronen, im Jänner 1922 75.000 Kronen und im Juli 1923 300.000 Kronen. Der Hintergrund dafür war sicherlich die Schwäche des österreichischen Kapitalismus und die Kapitalflucht in Ausland. Die rasende Inflation war für die Unternehmer ein willkommenes Mittel sich zu sanieren. Man borgte sich riesige Summen von den Banken, setzte sie sofort in Sachwerte um und zahlte sie ein paar Wochen später aus der Portokassa. Katastrophale Folgen hatte diese Entwicklung für die Arbeiterklasse und das Kleinbürgertum. Die Löhne sanken (gemessen an der Kaufkraft) ins Bodenlose, die Ersparnisse der kleinen Ladenbesitzer wurden aufgepfiffen. Eine gewaltige Umverteilung von unten nach oben fand statt. Durch eine entschlossene Politik hätten die Arbeiterorganisationen das Ruder herumreißen können.

## Goldene 20er Jahre?

1924 setzte in Europa wieder ein gewisser wirtschaftlicher Aufschwung ein. Kredite wurden im Rahmen eines internationalen Integrationsschubes gewährt, Deutschland und Österreich konnten bescheidene Exportsteigerungen verbuchen. Die Infla-

# in der Krise Gold und Elend

tion wurde gedrosselt und der Schilling, bzw. die Reichsmark eingeführt. Ein Kennzeichen dieses Aufschwunges war auch ein enormer Konzentrationsprozeß des Kapitals. Sozialdemokratische Politiker jubelten über die Beendigung der kapitalistischen Anarchie. Die Wirtschaft beendete das wilde Spiel der freien Kräfte von selbst. Jetzt geht es nur mehr darum durch Wahlsiege die Kontrolle über den Staat zu halten, dann hätte man schon Sozialismus. Die Realität verlief aber ganz anders. Selbst am Höhepunkt des Booms wurden die vorhandenen Produktionskapazitäten nicht voll ausgenutzt. Die Situation der Arbeiterklasse blieb auch während dieser Periode unverändert schlecht. Die Arbeitslosenrate blieb auf hohem Niveau (Ö: fast 9%), die aufreibende Akkordarbeitsmethode setzte sich immer stärker durch. Und daß im Kapitalismus eben nicht sinnvoll geplant wird und Krisen nicht ausgeschaltet werden können, zeigte sich wenig später.

## 1929 Beginn der Weltwirtschaftskrise

Der Börsenkrach 1929 holte alle Träumer auf den Boden der kapitalistischen Realität zurück. Der 24. Oktober 1929 war Auslöser für die schwerste kapitalistische Krise in diesem Jahrhundert. Ungehemmte Spekulationen (wohin sonst mit den riesen Profiten?) hatten die Kurse in schwindelerregende Höhen geführt, die nichts mehr mit der realen Produktion zu tun hatten. Wie beschrieben war der vorangegangene Aufschwung vor allem durch Kredite finanziert worden. Die Arbeitslosigkeit in den Industrieländern stieg von 5,5% 1929 auf 21,1% 1933. Die Weltproduktion fiel in diesem Zeitraum auf das Niveau von 1890!!! Die Arbeiterklasse sollte wieder für die kapitalistische Krise geradestehen: 1930/31 betrug das Lohnniveau nur mehr 60% von 1929. Besonders katastrophal war die Situation in den schwächsten "Gliedern" der hochkapitalistischen Kette. In Österreich ging die Roheisenproduktion um 75% zurück. Die Arbeitslosenrate kletterte in Österreich auf fast 30% (in Deutschland auf über 40%), ein weiteres Viertel war auf Kurzarbeit gesetzt. Ganze Belegschaften wurden gekündigt und zu 20% weniger Lohn wieder eingestellt (z.B. Alpine Montan). Der Konsum von "Luxus-" Gütern wie Zucker und Fleisch ging Anfang der 30er Jahre um ein Drittel zurück. Die Zahl der Aus-

gesteuerten (Leute, die keinerlei Unterstützung mehr erhielten) stieg unaufhörlich. 1931 krachte die CA zusammen und mit ihr 1000e Unternehmungen die im Konzentrationsprozeß in der vorangegangenen Periode am CA-Netz hingen. Internationale Banken und Gläubiger, die hohe Anteile an der CA hatten, machten Druck auf die österreichische Regierung. Diese fügte sich bereitwillig und befriedigte die



Gläubiger (wie Rothschild) mit 1,5 Milliarden Schilling Steuergeldern.

## Die politischen Folgen

Die Wirtschaftskrise von 1929 führte immer größeren, ins Elend getriebenen Schichten der Bevölkerung klar vor Augen, daß es so einfach nicht mehr weiter gehen konnte. Die 20er Jahre hatten insgesamt viele Versuche der Arbeiterklasse gebracht, sich gegen die kapitalistische Ausbeutung zu wehren. Doch wegen des Fehlens einer entschlossenen, handelnden, marxistischen Führung endeten fast alle dieser Versuche in Niederlagen. Die Wirtschaftskrise spitzte alle Widersprüche weiter zu. Die Unternehmer drückten die Lebensbedingungen der Arbeiterklasse auf ein immer niedrigeres Niveau. Sie brauchten dafür zunehmend eine Kraft, die für Ruhe und Ordnung sorgte, die Ausbeutung organisierte und den Widerstand unterdrückte. Diese Kraft waren die Faschisten. Ihre Basis waren die verzweifelten, verarmten Kleinbürger und entwürzelten Arbeitslosen, die sich enttäuscht von den Arbeiterparteien abgewandt haben, als sich diese als unfähig

erwiesen, ihre Situation zu verbessern. Finanziert und letztlich an die Macht gebracht wurden die Faschisten von der Großindustrie.

## Wiederholt sich die Geschichte ?

Wie in den 20er Jahren stehen wir auch jetzt vor einem Wendepunkt der Entwicklung. Der Kapitalismus erweist sich als unfähig die Menschheit weiterzuentwickeln. Der Zusammenbruch des Stalinismus, die Einführung marktwirtschaftlicher Reformen hat Verfall im Osten und Instabilität für das

ganze Weltgefüge gebracht. Der Kapitalismus befindet sich weltweit im Niedergang, ein neuer langanhaltender Aufschwung ist so gut wie ausgeschlossen. Auch bei der jetzigen Krise versuchen die Unternehmer die Kosten auf die Arbeiterklasse abzuwälzen. Faschistische und rechtspopulistische Parteien sollen die Arbeiterklasse spalten und ablenken. Im Unterschied zu den 20ern hat die Arbeiterklasse noch keine entscheidenden Niederlagen hinter sich. Die eigentliche Basis für den Faschismus, das Kleinbürgertum, ist heute zahlenmäßig wesentlich schwächer als in den 20ern. Die bürgerlichen Politiker selbst haben (vor allem im ideologischen Kampf gegen den Stalinismus) während der letzten Jahrzehnte durch ihre demokratische Rhetorik autoritäre Maßnahmen schwieriger durchsetzbar gemacht. Die kommende Periode wird eine Periode der Polarisierung und Klassenkämpfe sein. Wie sie endet, wird davon abhängen, ob es der Arbeiterklasse gelingt (anders als in den 20er Jahren) einen sozialistischen Ausweg aus dem kapitalistischen Chaos zu erkämpfen.

John Evers - Vorsitzender der JG 5

## Die Krisen des Kapitalismus

Kapitalistische Krisen fallen nicht vom Himmel, es gibt sie nicht, weil zu wenig da ist, sondern zu viel. Man nennt sie deswegen auch Überproduktionskrisen. Diese Überproduktion herrscht nicht, weil das wirkliche Bedürfnis nach den Produkten nicht gegeben wäre, sondern weil die Kaufkraft nicht vorhanden ist. Die Arbeiterklasse erhält nämlich nur einen Teil von dem, was sie produziert, in Form von Löhnen zurück. Das Gummiband zwischen Kaufkraft und Produktion wird immer stärker gedehnt. Durch gewisse "Tricks" gelingt es, ein Abreißen noch zu verhindern: z.B. indem der Staat (durch Schuldenmachen) Großaufträge vergibt oder die Kapitalisten ihre Profite durch Börsenspekulationen machen, die aber total abgehoben von der tatsächlichen Produktion sind. So gab es während des Höhenflugs der Börsenkurse in den 80er Jahren in vielen Wirtschaftsbereichen Stagnation und sogar Produktionseinbrüche.

Die Krise in den 20er Jahren und auch die jetzige Rezession beweisen, daß alle diese Maßnahmen nichts nützen. Das kapitalistische Gesetz, mit Brachialgewalt die in die Höhe geschossenen Produktionsmöglichkeiten wieder auf den Boden zu holen, setzt sich letztlich durch. Den Preis dafür muß die Arbeiterschaft bezahlen: Arbeitslosigkeit, Sozialkürzungen, Reallohnverluste... Die einzige Möglichkeit, diese kapitalistische "Logik" der regelmäßigen Vernichtung von Produktivkräften (bei gleichzeitigem Elend und Mangel z.B. in den Entwicklungsländern) zu durchbrechen, ist dieses System zu stürzen und durch eine demokratisch geplante Wirtschaft zu ersetzen.

## Meter für Meter Entlassungen

Die österreichische Textilindustrie hat mit rund 28.500 Arbeitnehmern mehr als doppelt soviel Beschäftigte wie die Papierindustrie (12.000). Im europäischen Vergleich ist der Unterschied zwischen Textil- und Stahlindustrie noch größer: rund 3 Millionen TextilarbeiterInnen stehen nur etwa 300.000 Stahlarbeitern gegenüber.

Ebenso wie die Stahl- und die Papierindustrie steckt auch die Textil- und Bekleidungsindustrie in Österreich wie in Europa in der Krise. In Deutschland sind 9 von 10 Textilfirmen in den roten Zahlen und in Österreich waren 1992 unter den 1183 Insolvenzen immerhin 125 Textilbetriebe - darunter 35 Großspielet!

### Lösungsansatz EG?

Die Krise der Textilindustrie basiert auf einem Einbruch bei den Exporten. 85-90% der heimischen Textil- und Bekleidungsproduktion wird exportiert - vor allem in die EG. Anfang 1993 sackte der Exportwert im Gegensatz zum Vorjahr um ganze 14,5% ab. Zusätzlich gibt es seit 1992 massive Probleme durch den "passiven Veredelungsverkehr". D.h.: die EG läßt nur Erzeugnisse aus EG-Geweben zur zollfreien Wiedereinfuhr zu. Das führt dazu, daß viele EG-Länder Teile der Produktion in Billiglohnländer auslagern. Österreichische Erzeugnisse werden bei der Einfuhr mit Zöllen von bis zu 20% belegt. Sowohl Industrie als auch Gewerkschaft erwarten sich von einem EG-Beitritt eine Verbesserung, da die Benachteiligung durch den passiven Veredelungsverkehr wegfällt würde. Tatsache ist aber, daß auch die Textilindustrie innerhalb der EG in Schwierigkeiten ist. Ein EG-Beitritt sichert keinesfalls die österreichischen Textilexporte, sondern führt zu einem weiteren erbitterten Kampf um Absatzmärkte und einem Druck auf die Preise der durch Sozialabbau und Lohnkürzungen finanziert würde.

Die Krise der Textilindustrie führt zu einem weiteren Personalabbau. In den letzten 20 Jahren hat sich die Anzahl der Beschäftigten mehr als halbiert, in der Bekleidungsindustrie wurden im Vorjahr allein 12% der Arbeitsplätze abgebaut. Schätzungen der Gewerkschaft sprechen von einem Verlust von mindestens 10.000 Arbeitsplätzen in den nächsten Jahren - das ist mehr als ein Drittel. Innerhalb eines Jahres ist die Zahl der arbeitslosen Textilbeschäftigten um 46% gestiegen, Spitzenreiter ist Vorarlberg mit 75%. Kamen 1989 "nur" 2,82 Arbeitslose auf eine offene Stelle, stieg dieser Wert 1992 auf 13,41.

### Auslagerung nach Osteuropa

Auch ein Grund für den Personalabbau in Österreich ist die Verlagerung der Produktion nach Osteuropa. Die billigen Löhne veranlaßten auch Günter Rhomberg, Huber-Chef und Präsident des Fachverbandes der Textilindustrie, der sich bitter über die "Diskriminierung durch den



leben auch ohne  
13. und 14. Monatslohn  
in Saus und Braus.

Kampagne der Gewerkschaft

passiven Veredelungsverkehr" beklagt, dazu, drei seiner vier Nähereien zu schließen und ins billigere Ausland zu verlegen. Die Sozialisten meinen, er, seien in Österreich "überhöht". Und das in einer Branche, die für ihre Hun-gerlöhne bekannt ist. 1991 lag das mittlere Einkommen in den Bereichen Textil, Bekleidung, Schuhe und Lederwaren bei rund 12.000,- wobei Männer über 15.000,- verdienen, Frauen aber nicht einmal 11.000! Starke Lohnunterschiede gibt es vor allem zwischen Gewerbe und Industrie. Da im Gewerbe der gewerkschaftliche Organisationsgrad wesentlich geringer und der Kampf gegen Ausbeutung schwerer ist, herrschen hier oftmals mittelalterliche Zustände. In der Industrie dauert es 4 Jahre, bis den Beschäftigten der 13. und 14. Monatslohn zusteht. Im Gewerbe braucht es bis zu 10 Jahren, bis voll bezahlt wird. Bei einem Arbeitsplatzwechsel innerhalb der Branche beginnt das Spielchen wieder von vorne, angerechnet wird nichts!

### KV: Fauler Kompromiß

Bei den diesjährigen Kollektivvertragsverhandlungen wurden nur Erhöhungen um die Inflationsrate und eine einmalige Sonderzahlung von 2700,- erzielt. Die Unternehmer hatten versucht, die Verhandlungen hinauszuzögern, um Geld zu sparen. Da einmalige Sonderzahlungen aber bei den nächsten Verhandlungen nicht zur

Berechnung herangezogen werden, bedeutet dieser "Kompromiß" längerfristige enorme Nachteile für die Beschäftigten.

Die Textilbosse verlangen nun von der Regierung Unterstützung - zumindest bis zum EG-Beitritt. Der heimische Markt müsse geschützt werden, die Exporte, wegen der hohen Zölle gestützt und der Staat solle Aufträge der öffentlichen Hand an österreichische Firmen vergeben. Während sonst stets "Mehr Privat, weniger Staat" gefordert wird, wünschen die Unternehmer sich hier einen Staat, der zahlt und schützt. Außerdem seien die Umweltauflagen so furchtbar hoch. Die Forderungen nach einer Senkung dieser Standards und einer massiven staatlichen Unterstützung werden wohl, ebenso wie in der krisengeschüttelten Papierindustrie, nicht lange auf sich warten lassen.

### Wie weiter?

Die Zukunftsaussichten für die Beschäftigten in der Textil- und Bekleidungsindustrie sind alles andere als rosig. Neben dem massiven Personalabbau droht ein verschärfter Konkurrenzkampf der durch Sozialabbau, Lohnsenkung und einem erhöhten Arbeitsdruck finanziert wird. Die Textilbranche ist eine Billiglohnbranche mit einem hohen Frauenanteil. Aus diesen beiden Gründen werden die Beschäftigten von Krisen besonders hart getroffen. Billiglohnbetriebe können leichter verlagert, Frauen leichter vom Arbeitsmarkt verdrängt werden. Es ist die Aufgabe der Gewerkschaft hier anzusetzen. Es muß innerhalb der Gewerkschaft und der Kollegen klar gemacht werden, daß die Rolle der Frau nicht hinter dem Herd ist, wie in Zeiten hoher Arbeitslosigkeit immer wieder propagiert wird, sondern das die Kolleginnen gleichberechtigt sind.

Aufgrund der Struktur der Textil- und Bekleidungsbranche mit vielen Klein- und Mittelbetrieben ist die Solidarität der anderen Branchen besonders wichtig. Die einzelnen Fachgewerkschaften dürfen ihre Kollektivverträge nicht unabhängig von denen der anderen Branchen sehen. Daß heißt nicht, daß die Metaller zugunsten der Näherinnen auf Lohn erhöhungen verzichten sollen, sondern daß gemeinsam für eine Erhöhung der Textilöhne gekämpft wird. Nicht die Kollegen in anderen Branchen oder aus anderen Ländern sind schuld an der miesen wirtschaftlichen Lage, sondern die Unternehmer die ihre Profite um jeden Preis sichern wollen.

Sonja Grusch SPÖ 20/  
Themeninitiative Jugendarbeit

## Eine Hand wäscht die andere

In Frankreich, Spanien, Deutschland, aber am deutlichsten in Italien sorgten große Korruptionsaffären für Aufsehen. 60.000 lokale italienische Politiker sind in ca. 250.000 Skandale verwickelt.

Im Februar 1992 wurde in Mailand Mario Chiesa, Direktor einer Altersheimstiftung und Mitglied der PSI (Sozialistische Partei Italiens) in flagranti dabei erwischt, wie er von einem Reinigungsunternehmer 7 Millionen Lire kassierte. Seitdem werden nahezu jeden Tag neue Korruptionsaffären aufgedeckt, die zu einer politischen Krise führten: 152 Parlamentarier, 852 hohe Beamte und 1500 Geschäftsleute stehen unter Korruptionsverdacht. Es ging soweit, daß in Mailand das Schmiergeld für öffentliche Aufträge unter den Parteien formell im Verhältnis der Wahlergebnisse aufgeteilt wurde! Die illegale Finanzierung der Parteien fing mit den Christdemokraten (DC) an.

### Korruption hat eine lange Geschichte

Nach dem Ende des 2. Weltkrieges benützte die herrschende Klasse die DC als Bollwerk gegen die vermeintliche Gefahr des Kommunismus. Sie bekam seit ihrer Entstehung einen monatlichen Scheck vom CIA - später dann von den Reichen Italiens. Anfang der 80er Jahre, als die Yuppies um Craxi die PSI (Sozialistische Partei Italiens) gänzlich übernehmen, sie endgültig auf die Marktwirtschaft einschworen und die Arbeiter hinauskelten, gab es innerhalb der Koalitionsregierung keine Kontrolle mehr. Mit dem Zusammenbruch des Stalinismus hat sich die Situation für die traditionelle italienische Arbeiterpartei, die Kommunistische Partei (früher PCI, jetzt PDS), drastisch verändert. Sie ging nach rechts, benannte sich um und machte fröhlich mit beim Schmiergeldzirkus. Die Gesamtsumme der Korruptionsgeschäfte beträgt ca. 1.400 Milliarden öS, was ungefähr zwei Drittel des italienischen Budgetdefizits entspricht. Gleichzeitig steckt auch der italienische Kapitalismus in der Krise. Für dieses Jahr wird nur ein Wachstum von 0,5 % erwartet und dementsprechend verschärfen sich auch die Angriffe auf die Lohnabhängigen. 1993 droht die Vernichtung von 750.000 Arbeitsplätzen und der weitere Abbau von Industrie in ganzen Regionen.

Die DC mußte beträchtliche Stimmenverluste bei der letzten Wahl hinnehmen, die PSI existiert praktisch nicht mehr. Gewinner ist Umberto Bossis rechtspopulistische Lega Nord. Seine Partei erhielt z.B. in Mailand 40,9% der Stimmen und stellt den Bürgermeister. Aber auch für die PDS

war das Wahlergebnis erfreulich - ein deutliches Zeichen für die Polarisierung in der Gesellschaft. Die Parteienlandschaft ist in Bewegung geraten - Abspaltungen, kleine Protestparteien, neue Wahlbündnisse und vor allem der Aufstieg der Lega, die mit nationaler Propaganda auftritt.

Italien hat eine kämpfende Arbeiterklasse und die Streiks und Demonstrationen gegen die soziale Krise werden weitergehen. Es gibt häufig Streiks und Demonstrationen gegen Entlassungen. Bei einer Demonstration mit 120.000 Teilnehmern in Florenz im letzten



### Ursachen der Korruption

Herbst wurde der Chef des Gewerkschaftsbundes CGIL mit verschiedenen Wurfgeschossen, wie Farbbeuteln, Eiern und Tomaten beworfen, weil er keinen konsequenten Widerstand gegen die Sparmaßnahmen der Regierung organisierte. Man könnte meinen, daß es für bürgerliche Parteien "normal" ist, in Korruptionsaffären verwickelt zu sein. Doch warum betrifft es auch Funktionäre von Arbeiterorganisationen? Die Politiker der sozialdemokratischen Parteien sind vollends in den bürgerlichen Staatsapparat eingebunden. Sie besetzen wichtige Ämter (z.B. für die Vergabe von öffentlichen Aufträgen) und ihr Bewußtsein hat sich an das der bürgerlichen Parteien angepaßt.

### Auch in Deutschland...

In Deutschland benutzte IG-Metall-Vorsitzender Steinkühler Insiderwissen aus einem Aufsichtsratsposten bei Daimler-Benz, um sich bei Aktiengeschäften persönlich zu bereichern. Nach dem 2. Weltkrieg führte die Stärke von SPD und DGB zur Machtenteilung im Staat. Vertreter der Arbeiterorganisationen wurden in Aufsichtsräte delegiert. Nicht ohne Nutzen für die Unternehmer: Die Arbeitnehmer wurden in die Unternehmensgeschäfte und ins Management eingegliedert. Sie bekommen hohe Gehälter, die in keiner Relation zu den Einkommen der Partei- und Gewerkschaftsbasis stehen. Und wurden daher vollends von der Gunst der Unternehmer abhängig. Auch daß die SP-Politiker aufgrund ihrer Positionen die Möglichkeit hatten, sich persönliche Vorteile zu verschaffen, wurde von den Kapitalisten geduldet und natürlich

auch politisch verwendet. Es ist kein Zufall, daß der Fall Steinkühler gerade zum Zeitpunkt der Streikbewegung im Metallbereich aufgedeckt und so die IG-Metall geschwächt wurde.

In Italien wie auch in allen anderen Ländern kann nur eine starke organisierte Arbeiterschaft gegen Korruption kämpfen. Die Funktionäre der Arbeiterparteien müssen jederzeit wahl- und abwählbar sein und kontrolliert werden, damit sie auch wirklich für die Rechte ihrer Basis kämpfen. Es muß Schluß sein mit Privilegien für "Volksvertreter" und Funktionäre von SPÖ und ÖGB! Denn nur wenn sie genauso wie ihre Basis entlohnt und "behandelt" werden, kann ausgeschlossen werden, daß sie "abheben".

Katja Arthofer Antifa-Komitee SÜD

## Marxismus aktuell Marktwirtschaft in China

China war in letzter Zeit wieder öfters in den Medien. Aber nicht mit Meldungen über die Verletzung der Menschenrechte, über die Unterdrückung von Studenten oder Gewerkschaftern. Das ist für die Bürgerlichen Schnee von gestern. China ist das Land mit den weltweit größten Wachstumsraten. Das Bruttosozialprodukt ist 1992 um 12,8% gestiegen. Ein Hoffnungsmarkt für den weltweit maroden Kapitalismus?

Die Zeitschrift TIME schreibt über China als nächste Supermacht, die Businessweek redet von einer aufstrebenden wirtschaftlichen Macht und der Economist widmete China Ende Mai gar das Titelblatt. Auch Österreich ist von China begeistert. Vranitzky war Anfang April mit Finanzminister Lacinia und einer Wirtschaftsdelegation in China. Er meinte: "Wo sonst, wenn nicht hier, in dieser wirtschaftlich expandierenden Weltgegend soll ich für Österreichs Wirtschaft unterwegs sein." Maculan bekam ein 43 km langes Autobahnbaulös zugesprochen und Elin ist am Bau von drei Wasserkraftwerken beteiligt, auch die Steyr-Werke haben einen Vertrag über 650 Millionen öS. Wenn Profite in Aussicht sind, haben diese Politiker und Unternehmer die Menschenrechte schnell vergessen, von denen sie sonst so gerne reden. Dem ausländischen Kapital bietet China hervorragende Verwertungsbedingungen: Niedrigste Löhne (China wird wegen der niedrigen Arbeitskosten immer stärker eine Konkurrenz für Länder wie Südkorea und Taiwan) und eine Arbeiterschaft, die legitimer demokratischer Rechte beraubt ist.

### Fortschritt trotz Bürokratie

Als nach dem Ende des 2. Weltkriegs die Kommunistische Partei die Macht übernahm, erklärte Mao: China habe jetzt eine 50jährige kapitalistische Entwicklung vor sich. Doch für Entwicklungsländer gibt es unter kapitalistischen Voraussetzungen nur in ganz wenigen Ausnahmefällen Entwicklung (Länder wie Südkorea und Taiwan wurden aus politisch-strategischen Überlegungen vom Westen hochgepöppelt). Durch den Druck der Bevölkerung und der schlechten Versorgungslage, sahen sich die Stalinisten chinesischer Prägung gezwungen, mit dem Kapitalismus zu brechen. Große Teile der Wirtschaft wurden verstaatlicht, ein volkswirtschaftlicher Plan eingeführt. Freilich hatten die Mao-Stalinisten kein Interesse an Arbeiterdemokratie und Räten. Stattdessen lenkte eine privilegierte Bürokratie al-

les von oben. Wie alle anderen stalinistischen Bürokratien fuhr sie während der letzten Jahrzehnte einen Zick-Zack-Kurs zwischen verschiedenen Schichten und Gruppen der Bevölkerung (Zentralisierung, Dezentralisierung, Kulturrevolution, großer Sprung nach vorn, marktwirtschaftlicher "Sozialismus"... ) - jeweils mit dem Ziel, selbst an der Macht zu bleiben. Trotz dieser enormen bürokratischen Hindernissen zeigte sich die Planwirtschaft als das dem Kapitalismus überlegene System. Innerhalb von 30 Jahren hat sich die Produktion verdachtzigfacht, Kulturniveau und Lebensstandard sind (vor allem im Vergleich zu Ländern mit ähnlichen Ausgangsbedingungen - etwa Indien) enorm angestiegen.

### Marktwirtschaftliche Reformen

Seit dem Tode Maos und dem Erstarken des rechten Flügels der chinesischen Bürokratie Ende der 70er Jahre, ging China einen beherrschenden Weg der Einführung marktwirtschaftlicher Elemente in der Wirtschaft, die früher und in viel größerem Ausmaß als in den anderen (ex-)stalinistischen Ländern stattfand. Profitiert haben von dieser Entwicklung vor allem Bauern mit Grundbesitz, die wieder menschliche Arbeitskraft ausbeuten dürfen, sowie die Händler und Kleingewerbetreibenden, die wieder privatwirtschaftliche Betriebe führen können. China trat 1980 der Weltbank bei und hat auch einen Antrag auf Aufnahme in das GATT (Allgemeines Handels- und Zollabkommen) gestellt. Es wurden Sonderwirtschaftszonen errichtet, in denen es Joint Ventures (gemeinsame Betriebe mit in- und ausländischem Kapital) sowie rein ausländische Betriebe gibt. Hier findet hauptsächlich Exportproduktion statt. Außerdem gibt es für die Kapitalisten Steuererleichterungen. 1986 wurden im "Gesetz über die wirtschaftliche Öffnung" weitere Steuererleichterungen für das ausländische Kapital eingeführt. 1984 wurde auf ähnlicher Basis, wie die Sonderwirtschaftszonen, in Küstenstädten Entwicklungsgebiete errichtet. Auch in denen werden ausländische Unternehmer bevorzugt behandelt.

Diese Maßnahmen führten vorerst in diesen besonderen Gebieten zu sehr hohen Wachstumsraten und zu einer starken Bevölkerungszunahme. Gleichzeitig gibt es ungläubliche Ausbeutung: Kinderarbeit, Niedriglöhne (laut News 120 öS pro Monat für eine Näherin), 60-Stundenwoche, Arbeitslosigkeit sowie komplette politische und gewerkschaftliche Rechtslosigkeit. Durch die Privatisierung in der Landwirt-



schaft wurde seit Reformbeginn ein Drittel des landwirtschaftlich nutzbaren Bodens vernichtet. Nach einer kurzen (Re-)Zentralisierung und Rücknahme der Reformen nach der niedergeschlagenen Demokratiebewegung 1989, ging die Entwicklung zu Restauration der Marktwirtschaft, also des Kapitalismus, einen beschleunigten Weg.

1992 wurden die Preise von 571 Produkten freigegeben. Nur noch 20% der Preise werden vom Staat festgelegt. Die Öffnung nach außen ging von der Landwirtschaft, der Industrie auf das Geld-, Handels- und Tourismuswesen über. Die Zölle für 3596 Importgüter sind zweimal herabgesetzt worden, Ex- und Importe haben sich verdoppelt. Die wesentlichen Punkte wurden jetzt in der Verfassung verankert, um den westlichen Kapitalisten zu zeigen, daß sich am Wirtschaftskurs Chinas nichts ändern wird. Nicht vorgesehen in der "sozialistischen" Marktwirtschaft: Irgendwelche Rechte für die blutig unterdrückte Arbeiterklasse.

China befindet sich also auf dem Weg der Wiedereinführung des Kapitalismus, aber dieser Prozeß ist noch nicht abgeschlossen. Er kann auch nicht widerspruchlos von statten gehen. Schon jetzt führt das rasante Wachstum (in den letzten 5 Jahren 8% jährlich) zu einer Überhitzung der Konjunktur und Inflationsdruck. Es wird noch zu großen sozialen und politischen Spannungen kommen. Schon letztes Jahr fanden viele spontane Streiks statt. Auch unter der herrschenden Elite, der Bürokratie werden Machtkämpfe ausgetragen sein, denn Li Peng hat z.B. angekündigt, den Staatsapparat um 25% verkleinern zu wollen. Will er das wirklich tun, so wird er in Schwierigkeiten mit den unteren und mittleren Bürokraten geraten. Das wirtschaftliche Wachstum ist ungleich verteilt und konzentriert sich auf die Sonderwirtschaftszonen in der Nähe von Hongkong und der Küste.

Die westlichen Kapitalisten zeigen jedenfalls deutlich, daß sie oder die Marktwirtschaft nichts mit Demokratie zu tun haben. Die Arbeiterschaft muß, will sie ihre schonungslose Ausbeutung bekämpfen, sowohl gegen die stalinistischen Bürokraten, als auch gegen die westlichen und chinesischen Kapitalisten eigene Organisationen aufbauen.

David Mum

aus der SJ ausgeschlossen

## UNO-Menschenrechte: Nichts als leere Worte

Vom 14. bis 25. Juni 1993 fand in Wien die UNO-Weltkonferenz über Menschenrechte statt.

Das große Wort führten wieder einmal die Regierungen der westlichen Industriestaaten, die vor zwei Jahren UNO-sanktioniert die Golf Invasion begannen. Von vornherein war klar: Menschenrecht ist nicht gleich Menschenrecht, wie die Ausladung kurdischer, iranischer und chinesischer Aktivisten zeigte. Dieselben Regierungen, die ein Eingreifen der UNO im ehemaligen Jugoslawien fordern, jagen Flüchtlinge und Deserteure zurück an die Front!

Bereits während der dreijährigen Vorbereitungszeit, sowie auf der Konferenz selbst, zeigten sich gravierende Auffassungsunterschiede über die Ziele der Konferenz: Während die Vertreter der afrikanischen Staaten die Allgemeingültigkeit der Menschenrechte betonten, verweherten sich die der asiatischen Länder - größtenteils unter Berufung auf ihre religiöse Ansichten - gegen "Einnischung in innere Angelegenheiten". So wurde die Diskriminierung von Frauen unter dem Hinweis gerechtfertigt, daß jede Gesellschaft die Rolle der Frau anders definiere - mit ähnlichen Einwänden wurde auch die Bestrafung von Dieben durch Handab schlagen im Iran verteidigt.

Andererseits wurden - zu Recht - europäische und nordamerikanische Vertreter dafür angegriffen, daß sie in Verhandlungen mit Entwicklungsländern zwar auf die Einhaltung der sogenannten "politischen" Rechte wie Meinungs-, Presse- und Versammlungsfreiheit pochen, zugleich aber Verletzungen sozialer, kultureller und wirtschaftlicher Rechte in der Dritten Welt mitverursachen, um die "günstigen" Produktionsbedingungen westlicher Konzerne in diesen Ländern nicht zu gefährden. Arbeit, Wohnung, Nahrung, Gesundheitsvorsorge und soziale Absicherung gehören nach Meinung (westlicher) imperialistischer Logik nicht zu den "Menschenrechten". Immer wieder werden Wirtschaftsinteressen gerade von Vertretern der westlichen Industriemächte brutal gegen Menschenrechte ausgespielt, wie ein Beispiel aus Indonesien zeigt: Um das Projekt des Cirata-Staudamms auf Java zu verwirklichen, wurden 1991 60.000 Menschen brutal aus ihren Dörfern vertrieben. Dieses Projekt brachte der Firma "Ein" ca. 450 Mio. Schilling Umsatz, die "VOEST" setzte ca. 250 Mio. Schilling um.

Während im Wiener AUSTRIA-Center scheinheilig um die Durchsetzung der Menschenrechte in allen Ländern "gekämpft" wurde, saßen (und sitzen) z.B. österreichische Manager mit Repräsentanten totalitärer Regime zusammen, um Aufträge zu fleischen.

Den (oft selbsternannten) Staatsrepräsentanten geht es um den Profit, für den sie willkürlich festlegen, was "Menschenrecht" ist und was nicht. Höher als jedes Menschenrecht steht ihnen immer das Recht auf Privateigentum an Produktionsmitteln, das Recht auf Ausbeutung der Lohnabhängigen hier, wie in der Dritten Welt und Ausplünderung abhängiger Völker.

Um die Profite zu erhöhen, lagern immer mehr Firmen ihre Produktion in sogenannten Niedriglohnländern aus. Unter gesundheits- und umweltgefährdenden Bedingungen, ohne Arbeits- und Versicherungsschutz, werden dort Güter für die reichen Länder hergestellt.

Auch wenn im Schlußdokument nun doch die allgemeine Gültigkeit der Menschenrechte, sowie Gleichberechtigung der Frau als Menschenrecht verankert ist, ist jetzt schon vorzusehen, daß dies keinerlei Auswirkungen haben wird. Man denke nur an die hehren Worte der Menschenrechts-

konvention von 1948, und schaue sich im Vergleich dazu die folgenden Zahlen an:

Aus mehr als 110 Ländern wird derzeit über Folter in Polizeistationen und Gefängnissen berichtet, in 106 Staaten wird weiterhin die Todesstrafe angewandt. Ca. 200 Millionen Menschen leben in sklavischen Abhängigkeitsverhältnissen. (Die Reihe ließe sich beliebig fortsetzen.) Diktatur und Unterdrückung sind die letzten Mittel der Herrschenden um ihre Macht aufrechtzuerhalten. Ist es im wirtschaftlichen und militärischen Interesse des Westens, werden solche Leute auch unterstützt: Pinochet, Saddam Hussein (damals als Gegenspieler des Iran), türkische Regime... die Liste ist lang. Solange der Kapitalismus herrscht wird es keine unantastbare Würde des Menschen geben: Weder wirtschaftliche Ausbeutung noch politische Unterdrückung werden die Kapitalisten und deren Regierungen beseitigen.

Sibylle Uhdler SJ 3

## Streik in der Ukraine

Als die Regierung eine Steigerung der Lebensmittelpreise um das 3-fache ankündigte, nahmen Hunderttausende an einem Generalstreik teil, der die Innenstadt von Donetz in der Ost-Ukraine lahmlegte und sich bis nach Charkow, Kiew, Dnepropetrovsk und andere Städte ausweitete.

Die legendäre Geduld der Bergarbeiter war zu Ende! Die Ukraine leidet unter katastrophalen wirtschaftlichen und politischen Zuständen. 85% der Ukrainer leben in Armut. Es herrscht Mangel bei Brot, Milch, Zucker und Butter. Die ukrainische Währung, ist praktisch wertlos. Die neuen Preisen wären so hoch, daß die Löhne der Arbeiter gerade ausreichen würden, um sich ein Laib Brot und einen Liter Milch pro Tag zu kaufen - und nichts mehr!

Die zweite Schicht der "Zasqadko" Mine marschierte am 7. Juni auf den Hauptplatz von Donetz, einen Tag nachdem ihr Direktor als erster Vizepräsident der Regierung nominiert worden war. Innerhalb weniger Tage waren 208 von 256 Minen in der Region im Streik. Von überallher kam Solidarität, auch von Arbeitern aus der Westukrainischen Stadt Lvov. Die Streikenden forderten massive Lohnerhöhungen, ein Referendum über das Vertrauen in Regierung und Präsidenten und daß der Donetz-Region größere wirtschaftliche Selbstständigkeit zugesichert wird. Das Ausmaß der Bewegung übertraf das des Streiks von 1989 der die Schlußglocken für das stalinistische Regime eingeläutet hatte. Aber dieser Streik war anders. Ein Bergarbeiter erklärte, daß sie damals Lebens-

mittelvorräte für ein Monat gehabt hätten. Heute ist ein Bergarbeiter schon froh, wenn er genug für eine Woche hat - außerdem hat er auch große Schulden.

Weil die Ost-Ukraine für 10 Tage lahmgelegt war, war die Regierung gezwungen alle Forderungen der Bergarbeiter zu erfüllen, einschließlich dem Versprechen ein Vertrauensreferendum durchzuführen. Als die Arbeiter dann schließlich wieder begannen zur Arbeit zu gehen, wollte Präsident Kravchuk wieder zurückziehen - er erklärte, das Referendum sei nur eine Empfehlung. Die Arbeiter begannen daher die notwendige Million an Unterschriften für ein obligatorisches Referendum zu sammeln. Viele Bergarbeiter die der Regierung nicht vertrauen, gingen nur widerwillig an die Arbeit zurück. Sie sind sich bewußt, daß ihr Sieg nur vorübergehend ist - sogar die 300%ige Lohnerhöhung wird rasch verschwinden bei einer Inflation von jährlich 1500%.

Das Interesse für politische Ideen war enorm - die sozialistische Zeitung "Arbeiterdemokratie" war binnen Minuten ausverkauft. Die Führung dieser Bewegung hatte keine Strategie um sie weiter zu bringen, aber die Bergarbeiter haben gezeigt, daß ihre Geduld zu Ende geht. Ein Arbeiter hat das gut ausgedrückt, als er sagte, die Regierung muß verstehen, daß "wir weder hergekommen sind, nur um bessere Löhne für uns selbst zu bekommen noch um ein größeres Stück vom Kuchen zu bekommen. Wir sind gekommen, um einen zivilisierten Lebensstandard für alle unsere Leute zu fordern." Von einem Mitglied der Gruppe "Arbeiterdemokratie"

## Freiheit für Kurdistan

Ende Juni sorgten Aktionen von (zumeist PKK-sympatisierenden) Kurden für Aufregung. Auf zahlreiche türkische Einrichtungen gab es Anschläge, in München und Marseille wurden die türkischen Konsulate besetzt und Geiseln genommen. In Bern kam es bei einer Demonstration vor der türkischen Botschaft zu einer Schießerei, bei der ein Kurde getötet und acht verletzt wurden.

Die Kurden sind eines der ältesten Völker der Welt, haben aber keinen eigenen Staat. Kurdistan liegt im Grenzgebiet zwischen der Türkei, dem Irak, dem Iran, Syrien und Armenien. Die Kurden werden seit ca. 2000 Jahren ständig unterdrückt. Bis vor knapp zwei Jahren war in der Türkei die kurdische Sprache verboten, muttersprachlichen Unterricht gibt es bis heute noch nicht. Nach dem 1. Weltkrieg teilten die imperialistischen Mächte das Gebiet des zusammengebrochenen Osmanischen Reiches neu auf. Grenzen wurden mit dem Lineal gezogen. Im Vertrag von Sevres wurde ein Diktat der Siegermächte "ausgehandelt".

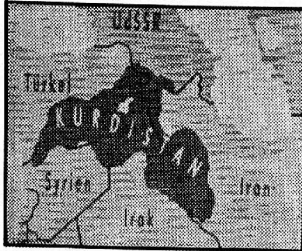
Um gegen dieses Diktat anzukämpfen, versprach Kemal Atatürk, der Gründer der heutigen Türkei, den Kurden die Autonomie, wenn sie an seiner Seite kämpfen würden. Nachdem die Engländer und Franzosen vertrieben wurden, einigten sich die Türkei und genau diese Westmächte. Die Briten verlebten sich die kurdischen Erdölgebiete in ihr Mandatsgebiet Irak ein. Im Vertrag von Lausanne wurden 1923 die heute noch

gültigen Grenzen vereinbart und Kurdistan auf die oben genannten Staaten aufgeteilt. Die kurdischen Gebiete sind Randgebiete dieser Staaten, blieben wirtschaftlich unterentwickelt und mit einer großteils bäuerlichen, von Großgrundbesitzern beherrschten Bevölkerung. Die Rohstoffe, die in Kurdistan gefördert werden (z.B. Erdöl im irakischen Teil Kurdistans), kommen den jeweiligen Staaten, aber nicht den Kurden zugute.

### Widerstand der Kurden

Mit brutalsten Mitteln wurden die Kurden besonders in der Türkei unterdrückt. 1937/38 erreichte der kurdische Widerstand seinen Höhepunkt. Da die Aufstände aber national begrenzt waren und nur die Interessen der einzelnen kurdischen Fürstentümer vertraten, endeten sie in blutigen Niederlagen. 1961-75 fand eine Aufstandswelle im Irak statt. Der Aufstand wurde vom Iran und den USA unterstützt. Ziel war nicht die Befreiung Kurdistans, sondern die Bekämpfung des Irak. 1975 einigten sich der Iran und der Irak - die Kurden wurden im Stich gelassen. Der Irak rächte sich mit Napalm-bomben.

Khomeni unterstützte erneut einen Aufstand im Irak, worauf Saddam Hussein 5000 kurdische Dörfer mit Giftgas angriff. Durch die Militärdiktatur in der Türkei Anfang der 80er Jahre verschärfte sich die Situation für die Kurden im Staatsgebiet



weiter. Nach Ende des Golfkrieges gab es im irakischen Teil Unterstützung eines Aufstands der blutig von Hussein niedergeworfen wurde.

### Rolle der PKK

Die 1978 gegründete maoistische Arbeiterpartei PKK steht seit 1984 an der Spitze des Aufstands der Kurden in der Türkei. Anfang 1993 gab es einen Taktikwechsel der PKK: Die Guerilla-Taktik wurde aufgegeben und ein einseitiger Waffenstillstand ausgerufen. Außerdem setzte die PKK auf Verhandlungen mit dem türkischen Staat. Doch die türkische Regierung setzte ihre Angriffe auf Kurden fort und dachte nicht einmal daran, mit der PKK zu verhandeln. Darum wurde diese Phase des Befreiungskampfes abgeschlossen.

Viele Kurden setzen ihre Hoffnung in die PKK. Doch hat diese, auf Grund ihrer stalinistischen Taktik (gemeinsam mit den Großgrundbesitzern für ein unabhängiges Kurdistan kämpfen, und die soziale Frage später lösen) kaum Perspektiven zu bieten. Die PKK, deren Mitglieder unter größter persönlicher Einsatz kämpfen, hat in Wahrheit keine Lösung anzubieten. Sie wird durch ihre falsche Politik ständig von einem extrem ins andere gerissen: Verhandlungen, Terrorüberfälle, Guerilla.

Die jüngsten Terrorangriffe sind nichts als eine Verzweiflungstat die nichts bringt, außer daß man sich weiter von der internationalen Arbeiterbewegung entfernt.

Wir treten ein für das Selbstbestimmungsrecht des kurdischen Volkes. Das kann aber letztlich nur erreicht werden, wenn die Mehrheit der Arbeiterklasse in den umliegenden Staaten dafür gewonnen wird. Der Befreiungskampf der Kurden ist damit untrennbar mit dem Kampf gegen Kapitalismus und Imperialismus in dieser Region und für eine sozialistische Föderation im Nahen Osten verbunden.

Richard Klug  
Vorsitzender der SJ 6

Schon wieder eine Steuerreform. Die Unternehmer und die ÖVP jubeln: Die Steuerreform von Lacina (SPÖ) und Ditz (ÖVP) bringen den privaten Unternehmen und Aktienbesitzern erhebliche Erleichterungen. Die Vermögens- und die Gewerbesteuer werden abgeändert. Die Großunternehmen profitieren dabei am meisten von den Steuergeschenken. Kleineren Unternehmen brauchen bestimmte Steuern nur noch pauschallich entrichten. 17 Milliarden kostet dem Fiskus diese Steuerreform - 13 Milliarden ÖS Steuerersparnis bei Einkommenssteuern, aber 4 Milliarden ÖS direkte Steuergeschenke an die Unternehmer. Schon bei den letzten Steuerreformen haben die privaten Unternehmer und Bezieher sehr höher Einkommen z.B. durch die Senkung des Höchststeuersatzes Steuergeschenke erhalten. Auch wenn es Steuerersparnisse für Bezieher kleiner Einkommen gegeben hat, so handelt es sich dabei nur um ein paar Hunderte, während es sich bei den Unternehmern und Reichen um Hunderttausende und Millionen handelt. Die kleinen Gewinne der Normalverdiener holen sich die Unternehmer wieder durch höhere Preise und der Staat durch Abbau von Sozialleistungen - und wenn es Preiserhöhungen der städtischen Bäder sind. Der Finanzminister will die Wirtschaft durch eine billigen Steuerersparnis für die Normalbürger ankurbeln, weil die - so sagen die Wirtschaftsexperten - geben das Geld gleich wieder aus! Das ist keine sozialistische Politik! Die Arbeitnehmer werden betrogen - ihre Steuerleistung ist höher als in anderen europäischen Staaten, sie zahlen für die Unternehmer mit. Die privaten Unternehmer erhalten massive Steuergeschenke - ihre Steuerbelastung sinkt unaufrichtig, während sie ihre Profite in Sicherheit bringen. Steht sich abschließend nur die Frage, wie der Finanzminister die Löcher im Budget stopfen will? Der Staat wird die Kosten der Steuerersparnis für die Unternehmer mit Kürzungen im Sozialbereich ausgleichen. Die Unternehmer setzen auf staatliche Umverteilung - das Geld kommt aus den Taschen der Arbeitnehmer. Die Unternehmer streifen höhere Profite ein. Die staatlichen Haushalte, und hier vor allem die Gemeinden, werden bewußt von der Regierung ausgehungert, um dann schließlich die Leistungen zu kürzen. Wenn es weniger Einkommen zu verteilen gibt, weil die Regierung, wenn sie das Geld zuschießt, sie nennen es Steuerreform - wir nennen es schlichten Betrug an unseren Rechten!

Thomas Kerschbaum, SPÖ 20/Themeninitiative Jugendarbeit

## Deutschland in der Rezession

Die deutschen Politiker und Unternehmer stehen derzeit vor den Trümmern, die ihre Politik und das kapitalistische Wirtschaftssystem verursacht bzw. verursacht haben. Massenentlassungen, Minuswachstum, Rekordverschuldung und ein Heervon etwa 6 Millionen Arbeitslosen dokumentieren das Versagen der CDU/CSU/FDP-Koalitionsregierung.

Außerdem dem deutschen Bund (ohne Länder und Gemeinden) fehlen dieses Jahr rund 70 Mrd. DM (im nächsten Jahr werden es schon 100 Mrd. sein). Auf

allen wichtigen Absatzmärkten kriselt es. Auch die Automobilindustrie, unter anderem Daimler Benz, hat es erwischt. Daimler Benz reagiert auf die Absatzschwäche mit Kurzarbeit und Massenentlassungen. 7.000 Arbeiter vermoren das Arbeitslosenhier. Der Quartalsgewinn des Konzerns sank von einer halben Milliarde DM auf nur noch 20 Millionen DM. Die Rezession forderte Ende Mai auch in der Stahlindustrie ein weiteres Konkursopfer. Der sechstgrößte Stahlbetrieb Deutschlands, Saarstahl, war zahlungsunfähig. Der Grund dafür: Der Mehrheitsaktionär Usinor-Saciilor war nicht mehr bereit, die Löhne der 7.200 Arbeiter mitzuzahlen. Der Staat kann 2,9 Milliarden DM Subventionen abschreiben.

Sparen, kürzen, abbauen - das sind die Schlagworte der deutschen Regierung, um die Krise so schnell wie möglich zu überwinden und die leeren Staatskassen wieder zu füllen. Geht es nach den führenden Politikern und Managern, dann muß der Steuerzahler, der ja größtenteils auch Arbeitnehmer ist, für das Versagen der Wirtschaft aufkommen. Die Regierung in Bonn wartet schon fast wöchentlich mit neuen Steuern auf. Katzensteuer, Feuerwehrabgabe und sogar eine "Pornosteuer" sollen die Staatskassen füllen. Im großen und ganzen will sich der Staat das Geld von denen holen, die es am dringendsten brauchen. Normale Einkommen werden höher besteuert als gewerbliche Einkünfte und Einkommen aus Kapitalbesitz. Auch die Ärmsten der Armen (Einkommen bis 15.000 DM/Jahr) sollen jetzt in die Staatskasse einzahlen. Aus dem deutschen Regierungssitz hört man auch, das in Zukunft das Wohlfahrtssystem wahrscheinlich

nicht länger aufrechtzuerhalten ist. Soziale Leistungen sollen gekürzt oder eingefroren werden. Finanzminister Waigel (CSU) will 1994 mindestens 20 Milliarden DM einsparen. Dafür will er allerdings nicht zum Beispiel die Gehälter und Diäten der Politiker kürzen, sondern Arbeitslosen- und Kindergeld sowie die Sozialhilfe werden gekürzt. Die Beschäftigten im öffentlichen Dienst sollen ein Jahr auf eine Gehaltserhöhung verzichten. Laut dem Deutschen Institut für

Arbeitskämpfen. Fast die gesamte Belegschaft (3.500 Beschäftigte) von Digital Equipment streikten Anfang Juni gegen Personalabbau. Im Juni gab es auch in vielen Bundesländern Streiks im Einzelhandel. Die großen Unternehmen wollen den Einfluß der Gewerkschaften zurückstutzen. Viele größere Betriebe werden unterteilt (z.B. IBM, Digital Equipment), um die Rechte des Betriebsrats, die von der Betriebsgröße abhängen, zu kürzen. Das Vetorecht des Betriebsrates bei Personal Kürzungen fällt unter diese Rechte. Aber die Arbeitnehmer können nicht nur Erfolge verbuchen. Die Stahlarbeiter, die für 2 Wochen die Arbeit niederlegten, um für die Einhaltung der Tarifverträge zu demonstrieren, haben durch den letzten Kompromiß zwischen IG-Metall und Unternehmer weniger als vorher. Die Unternehmer arbeiteten nach der Devise - "teile



und herrsche". Sie erklärten den Stahlarbeitern, daß eine bestimmte Anzahl von Jobs abgebaut werden müßte. Wo, das hing davon ab, wo sich die besten Bedingungen für die Produktion anbieten (z.B. niedrige Löhne, lange Arbeitszeiten).

Die Klausel, wonach finanzschwache Betriebe in Ostdeutschland den Stufenplan nicht einhalten müssen, Löhne kürzen und Personal abbauen können, wenn diese in den roten Zahlen sind, wird von der Treuhänder skrupellos ausgenutzt. Sie fordert sogar ihre Betriebsleiter auf, alle Mittel zur Sanierung des Betriebes zu unterlassen, um eben Beschäftigte zu kündigen usw. Den Unternehmern ist halt ihr Profit heilig, auch in Zeiten der Rezession.

Harald Kratochvíla SPÖ 20/Themeninitiative Jugendarbeit



## Wer sucht der findet ?

Heutzutage ist es fast unmöglich, als **Jugendlicher eine halbwegs erschwingliche Wohnung zu finden.**

Wenn man sich das Wohnungsangebot in den Zeitungen durchliest, ist entweder die Miete und die Ablöse so hoch, daß man sich die Wohnung nicht leisten kann, oder die billigeren Wohnungen sind schon lange vor dem Erscheinen des Inserats vergriffen. Daß es schon seit langem eine Wohnungsnot gibt, kann wohl kaum mehr von jemandem bestritten werden. Und trotzdem bringen Hauseigentümer und Immobilienbüros immer wieder vor, daß sich der Markt bei Freigabe sämtlicher Mieten schon selbst regulieren würde. Das Angebot würde steigen und die Preise fallen. Doch trifft dieses Argument nicht zu, denn am sogenannten freien Markt gibt es ein immer geringer werdendes Angebot an Wohnungen - die Freigabe des Kategoriezinses A hat keineswegs diesen Effekt gebracht. Plötzlich wurden Wohnungen der Kategorie B-D renoviert und in A-Wohnungen umgewandelt. Billiger Wohnraum wurde dadurch nicht geschaffen! Jede 2. neuvermietete Wohnung in Wien kostet bereits über 10.000.-. Welcher Durchschnittsverdiener kann sich so eine Wohnung noch leisten, noch dazu wenn die Reallöhne von Jahr zu Jahr sinken oder stagnieren.

Die grundsätzliche Intention des neuen Mietrechts besteht darin, die alten Mietzins-kategorien aufzuheben und durch Richtwerte zu ersetzen. Das wird eine Benachteiligung für den Mieter darstellen, weil sich der Mieter nicht mehr an einer fixen Kategorie orientieren kann, sondern in der Praxis die vom Vermieter vorgeschlagenen Mietzins akzeptieren muß. In den meisten Fällen ist ja der Mieter auf die Wohnung angewiesen, der Vermieter wird aber leicht einen neuen Mieter finden, der sich nach seinen Vorschlägen richtet.

Bei der derzeitigen Wohnrechtsdebatte haben sich SPÖ und ÖVP über folgende Punkte bereits geeinigt:

- \* Halbjahresverträge werden verboten; nach dem neuen Entwurf soll es nur noch Dreijahresverträge geben. Fest steht aber, daß der Hausverwalter bzw. Hausbesitzer die Möglichkeit hat, zweimal eine illegale Ablöse verlangen zu können. Ein Beispiel: Günther B. zieht in eine Wohnung ein und zahlt 60.000.- illegale Ablöse, läßt sich aber einen dreijährigen Mietvertrag aufschwätzen. Nach drei Jahren will er einen fixen Mietvertrag, wofür der Verwalter wieder eine illegale Ablöse verlangen könnte.

- \* Künftig soll nicht mehr der Mieter, sondern der Vermieter beweisen, daß kein Hauptmietverhältnis vorliegt. Der Zins darf nicht höher sein als 150% der Hauptmiete. Wenn dieses Gesetz durchgesetzt werden sollte, würde dies im Vergleich zum geltenden Mietrecht eine Begünstigung des Mieters bei Untermieten darstellen.

- \* Mieter sollen die Möglichkeit bekommen, die Durchführung von Erhaltungsarbeiten durch einstweilige Verfügung durchzusetzen. Sollte sich der Hausherr weigern zu zahlen, werden die Schulden im Grundbuch festgehalten.

- \* Wenn der Hauseigentümer versucht, Mieter mit "Terrormethoden" (Wassersperrung,...) zu vertreiben, sind nicht nur Geldstrafen, sondern auch Haftstrafen bis zu sechs Monaten möglich. Meistens scheuen aber die Mieter, vor allem Gastarbeiter und Pensionisten, den Weg zur Schlichtungsstelle aus Angst, die Wohnung zu verlieren.

- \* Illegale Ablösen können innerhalb von zehn Jahren zurückgefordert werden; derzeit sind es nur drei Jahre.

Ob diese Vorschläge die Wohnungsnot stoppen können, ist zweifelhaft. Viel mehr gilt es, eine Wohnbauoffensive zu starten und erschwingliche Wohnungen für alle zu schaffen. Hausbesitzer und Immobilienbüros, die mit der derzeitigen Wohnungsnot ihre Profite machen, gehören enteignet!

*Timea Zauner SJ 23*

### Dafür kämpft VORWÄRTS:

- \* **Sofortige Einführung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohn!**
- \* **12.000.- Mindestlohn netto für alle Arbeitnehmer!**
- \* **Einen garantierten Ausbildungsplatz für jeden und demokratische Schulen!**
- \* **30 m<sup>2</sup> Wohnraum für jeden, Mieten bis max. 20% des Nettoeinkommens!**
- \* **Rigoreuse Bestrafung aller Umweltverbrechen, bei radikaler Verschärfung der Auflagen. Drohen Unternehmer mit Arbeitsplatzabbau, müssen sie enteignet werden!**
- \* **Schluß mit Sozialabbau und Privatisierungspolitik!**
- \* **Kein Ausverkauf der Verstaatlichten!**
- \* **Für eine SPÖ-Alleinregierung mit sozialistischem Programm!**
- \* **Vergesellschaftung aller großen Konzerne und Überführung in demokratische Arbeiterkontrolle und -verwaltung!**
- \* **Facharbeiterlohn für Funktionäre, um bürokratische Auswüchse zu verhindern!**
- \* **Ein sozialistisches Europa als erster Schritt zu einer neuen Weltordnung!**



Ich möchte

## VORWÄRTS

unterstützen und bitte um weitere Informationen ○

Name

-----

Adresse

-----

Ich möchte:

VORWÄRTS abonnieren

5 Ausgaben zu 50.- ÖS

10 Ausgaben zu 100.- ÖS

ein VORWÄRTS-Förderabo zu .....ÖS beziehen

Auslandsabo (5 Ausgaben 80.-)

Einsenden an:

Verein Vorwärts zur sozialistischen Demokratie  
PF. 2, A - 1082 Wien